

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmenpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mr.; durch die Post monatlich 1,50 Mr., vierteljährlich 4,50 Mr. Einige Nummern kosten 1 Mr. Sch- und Versammlungsunterstützung kostet pro Seite 25 Pf. Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Großklappen

als „christlich-gelbe Arbeitersührer“.

Unglaublich sind die Kosten, unheimlich die Anstrengungen, die das Unternehmertum seit Jahren im trauten Verein mit der Geistlichkeit, der sich ersten und festesten Stütze des Geldsackes, gegen die deutsche Arbeiterbewegung aufgewendet hat, und verwerflich die Mittel, die man anwendet, die Arbeiterbewegung zu zerstören, in feindliche Lager zu trennen, Arbeitsbrüder gegen Arbeitsbrüder zu heben, ihre Kraft zu brechen. Vielleicht glauben Arbeiter heute noch, daß die Bewegungen gegen die freien Gewerkschaften, wie „christliche“ Gewerkschaften oder jetzt die Gelben, von Arbeitern gegründet, ihre Gründung somit gewissermaßen das Bedürfnis der Arbeiter selbst gewesen sei. Das ist falsch. Hinter diesen Bewegungen haben von Anfang an Nichtarbeiter gestanden, und Nichtarbeiter sind auch heute noch die wahren Leiter, während man sich Judasnaturen aus der Arbeiterschaft bedient, die als Strohmänner an die Spitze gehoben, als Großklappen ausgebildet und dafür bestellt werden, die freien Gewerkschaften zu verleumden, die Arbeiter im Interesse der Unternehmer auseinander zu organisieren.

In Mitteldeutschland genügten dem Scharfmachertum die konfessionellen Arbeitervereine und „christlichen“ Gewerkschaften ebenfalls nicht mehr, man schritt zur Gründung von gelben, „wirtschaftsfreidlichen“, „nationalen“ Arbeitervereinen, was zur Folge hatte, daß ein wüster Kampf zwischen den Protektoren der Gelben und den Protektoren der Schwarzaugen ausbrach, genau so, wie jetzt im Schreibertum. Die Protektoren der „christlichen“ Gewerkschaften sind im Prinzip vollständig mit den Tendenzen und Bestrebungen der Gelben einverstanden, ihr Ziel ist dasselbe, wie das der Gelben, nur aus agitatorischen, teilweise aber auch parteipolitischen Gründen sind die „schlauen Opportunisten“ gegen die Gelben, glauben ihre Arbeiterzerstörung erfolgreich unter dem „christlichen“ Firmenschild betreiben zu können. Gelbe und „Christen“ haben die gemeinsame Lösung: Kampf gegen die Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie ist jedoch mehr ein imaginärer, theoretischer Begriff, während in der Tat und faktisch der Kampf den organisierten Arbeitern gilt, also Arbeitsbrüder gegen Arbeitsbrüder aufgeschlachtet und gegen einander gehebt werden! Mit welchen Mitteln das geschieht und wie die Pläne geschmiedet werden, das verrät uns ein Protokoll aus einer Geheimversammlung mitteldeutscher Scharfmacher, die am 24. November 1911 im Hotel „Kronprinz“ zu Halle a. S. tagte, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Königl. Bergrat Schröder eröffnete die Besprechung mit der Frage, ob auch alle 20 anwesenden Herren offiziell eingeladen waren. Als das festgestellt war, erklärte Bergrat Fabian, daß es so noch nicht genüge, denn man hätte alle Bezeichnung, Vorrecht walten zu lassen, damit es nicht gehe, wie in einer falschen Verpredigt der Arbeiter, wo auch Sachen diskreter Natur behandelt wurden, was jedoch am anderen Tage schon in der sozialdemokratischen Zeitung Wort für Wort zu lesen war.

Königl. Bergrat Schröder erklärt: Es handelt sich darum, die vaterländische Bewegung zu fördern. Die Herren sollen etwas mehr Druck bringen, da die Kassen vollständig leer wären. Ferner wäre noch mitzuteilen, daß der Pastor Richter sich angeboten hatte, über die evangelischen Arbeitervereine einen kurzen Vortrag zu halten, wenn die Anwesenden damit einverstanden wären.

Generalsekretär Michaelis sprach in abfälliger Weise über die evangelischen Arbeitervereine, welche nicht leben und nicht sterben könnten.

Zum und mehren hier anwesenden Herren Fabrikanten wäre es gelungen, eine vaterländische Bewegung zu schaffen, welche im Gegensatz zu den evangelischen Arbeitervereinen keine religiösen noch politischen Tendenzen verfolge und doch das beste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie der sozialdemokratischen Gewerkschaften darstelle.

Es sei kein Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, sondern ein Verein zur Auflösung und zur Förderung der Interessen der Unternehmer. Letzteres sei zwar nicht offensichtlich, jedoch sollen diese Vereine Streiks stets verhindern.

Der Verein hat jetzt schon über 900 Mitglieder und hat den Unternehmern hier in Sachsen sehr gute Dienste geleistet. (Sicht richtig! von mehreren Herren.) Michaelis erklärt nun weiter, daß die evangelischen Arbeitervereine auf seinen Grünen Zweig kämen, weil sie eben im Gegensatz zu dem vaterländischen Verein nicht nur aus Arbeitern, sondern aus Pastoren und auch aus Hälfte aus selbständigen Handwerkern bestehen. Gereade das wäre der Krebschaden.

Unser Bestreben in dem vaterländischen Verein geht dahin, nur Arbeiter in den Verein aufzunehmen, aber auch seine Unterstützung direkt zu geben. Die Unterstützungsanstaltungen, Sterbegeld für Mitglieder, deren Frauen und Kinder, sowie Krankenunterstützungen, müßten aus den Beiträgen der Mitglieder gezahlt werden.

Auch die Verwaltung muß in die Hände von Arbeitern gelegt werden, damit diese immer mehr Vertrauen zu dem Verein bekommen.

Die Beiträge langen auch dazu aus, denn die Unterstützungen kosten auch nicht das meiste, sondern die Agitation zur Förderung des Vereins verfügt große Summen, daher die Ecke in der Kasse. Diese Agitationskosten können nicht von den Mitgliedern getragen werden; auch brauchen die Mitglieder gar nicht zu wissen, was das kostet und woher das Geld kommt.

Wir haben jetzt einen Jugendverein gegründet, der auf herkömmliche Weise notwendig, alles das kostet sehr viel Geld, ist aber das wirtschaftliche Mittel, den Terrorismus der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften innerhalb der arbeitenden Bevölkerung zu bekämpfen.

Auf Antrag des Generaldirektors Bess erhält dann der Vorsitzende der evangelischen Arbeitervereine, Pastor Richter, das Wort. Hier in Halle gibt es zwei Vereine, welche doch in Wirklichkeit dieselben Ziele verfolgen, und zwar: Die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die heutigen evangelischen Arbeitervereine sind in Sachsen nicht mehr das, was sie waren. Wenn heute der Name tatsächlich viele abhebt, so kann und darf gar nichts hindern, den Namen zu ändern. Vor einiger Zeit ist schon zur Sprache gekommen und man hat sich schon einen Namen vorgeschlagen: Deutscher Arbeiterverein. In Sachsen wäre es ihm gelungen, über 60 000 Arbeiter in diese Vereine zu vereinigen. Es muß aber sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden. Vöhringen lebt ich Leute auf Sekretären heranbildung, hierbei kann man von der Sozialdemokratie lernen. Wenn ich einen solchen Leute genau geprüft habe, dann wird er ausgebildet in Politik und sonstigen Sachen, die notwendig sind.

Der Hauptzweck ist jedoch, die rednerische Begabung zu wecken. Meine Herren, um es richtig auszudrücken, diese Leute zu Großklappen zu erziehen. Diese Großklappen werden dann in die Betriebe gesetzt und

Glück Auf!

Und dann die Agitatoren unserer Vereine, verblühten Streite und suchen immer mehr die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen. Diese Leute besitzen das volle Vertrauen ihrer Mitglieder, weil sie eben immer unter ihnen sind und nichts aus der Kasse bekommen, wo die Arbeiter hineinsteuern, sondern aus der Kasse, in die die Herren Unternehmer freiwillig steuern. In diesem Jahre hat die Summe 100 000 Mark erreicht und damit läuft sich doch etwas anfangen, meine Herren.

Bergrat Fabian fragt den Herrn nach einem Statut, das aber

Pastor Richter augenblicklich nicht vorlegen konnte. Aber er könnte wohl den Sinn der Statuten, ohne das gedruckte Statut hier zu haben, angeben.

Weiter fragt Fabian, ob der Verein überhaupt Streits zulasse.

Hier windet sich der Herr Pastor etwas, sagt aber dann nein.

Dieses Nein dürfte man aber nicht so ohne weiteres aussprechen, um

der wirtschaftlichen Sache nicht zu schaden. Am Frühjahr dieses Jahres

wollten in Westfalen die Bergarbeiter streiken. Dort waren es gerade

die christlichen Gewerkschaften, die drohten, nicht mitzustreiken. Dadurch

wurde der Streik illusorisch gemacht und die Industrie vor großem

Schaden bewahrt. Als nun Bergrat Fabian rief, also dulden Sie die

Gewerkschaften, nur die sozialdemokratischen nicht?, antwortete Pastor

Richter: Meine Herren, wir verbieten die Streiks nicht direkt, sonst

würden wir erstens das Vertrauen verlieren und zweitens haben ver-

schiedene Leute bei der Aufnahme in unseren Verein erklärt, ja, Herr

Pastor, wir haben nun schon jahrelang Steuern gezahlt, dadurch statu-

tische Rechte in Krankheit- und Sterbefällen sowie bei Arbeitslosig-

keit erworben. Meine Herren, wir dulden es kategorisch, raten

aber mit allem Ernst immer von Streiks ab. Wir erfahren jede Be-

wegung, die sich bewirkt macht, und zeigen sie den Unternehmern an,

dadurch können die Bewegungen im Reime erfaßt werden. Wie leben

in einem Reitalter, wo sich alles organisiert, selbst Klänge und sogar

Staatsanwälte. Gewerkschaften versuchen, diesem Trieb entgegen zu

arbeiten, wäre meiner Meinung nach zwecklos. Es kommt in der

Hauptstrophe darauf an, in welcher Organisation die Leute sich befinden.

Generaldirektor Bess schlägt vor, über die Verschmelzung der evan-

gelischen Arbeitervereine mit den Gelben im Prinzip abzustimmen,

und führt aus: Es sei doch klar, wenn hier ein Wunsch gedacht würde,

dass dieser dann von den Mitgliedern angenommen würde. Kein Pfennig

sollte eher wieder hergegeben werden, bis die Verschmelzung ernst be-

handelt würde. Es ist geradezu unverantwortlich, wie die Unternehmer

ausgeben werden. Dente kommt in Herr und sagt, ein gutes Mittel

zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist gefunden, es kostet aber Geld,

Sie werden doch auch etwas dazu beitragen. Raum ist er heraus, kommt

schon wieder ein anderer mit einem angeblich noch besseren Mittel. So

geht es weiter, ohne daß auch nur im Gutersten das richtige Mittel

gefunden wird. Seiner Meinung nach sind das oft unnötige Ausgaben.

Hier aber bietet sich nun Gelegenheit, etwas Groses zu schaffen und zu

wollen wie zugreifen. Er habe es wirklich fast, immer die Tasche zu

öffnen.

Im Prinzip wurde nun der Verschmelzung zugestimmt. Michaelis

und Richter wollen das weitere beraten; eine nochmalige Sitzung soll später stattfinden.

Bergrat Schröder appelliert in röhrender Weise an die Über-

wissigkeit der anwesenden Herren, da festgestellt ist, daß vollständige Ehe

in der Kasse ist. Zu diesem Zweck hätte er sich erlaubt, eine Liste für-

stellen zu lassen, damit jeder heute sofort zeichnen könnte.

Das ist eine recht niedliche Illustration über die „Selbst-

ständigkeit“ der konfessionellen Arbeitervereine, der Gelben und

der „christlichen“ Gewerkschaften, aber es entspricht durchaus

den Tatsachen. Generaldirektoren, Fabrikanten und Pastoren

bestimmen in geheimen Konventikeln, wie diese Vereine zu diri-

gieren sind, und damit die dummen Arbeiter nicht merken,

wo die Fäden gesponnen werden, sucht man unter den Arbeitern

zu dässnaturen, bewußte Verräter aus, bildet diese zu

Großklappen aus und lässt sie dann auf die Arbeiter los. In

allen Punkten waren sich die Herren einig, einig darin, daß es

sich um zwei Vereine mit dem gleichen Ziel: Bekämpfung

der modernen Arbeiterbewegung, handelt; nur

über die Frage: Wer bietet man die Streiks direkt?

herrschen Meinungsverschiedenheiten. Pastor Richter, der zu

den „christlichen“ Gewerkschaften neigt, ist zwar ein entschiedener

Gegner des Streiks, aber als „sächsischer Opportunist“, als echter

M.-Gladbacher möchte er ein Streikverbot nicht in die Statuten

aufnehmen, um die Leute nicht schwach zu machen. Die M.-Glad-

bacher Drabkizieh wissen, daß sie die Arbeiter viel besser und

sicherer betrügen und irreführen, wenn sie den Großklappen

gestatten, in ihren radikalen Versammlungsreden den Streik

an die Wand zu malen, den sie hinterher doch verhindern.

Großklappen — die einzige Bezeichnung für das bodenlos

freche Geißelnd der Büttelstädter, die ihre Hohlheit und

Niedertracht nur durch beispiellose Arroganz verdecken. Und

diesem hohlköpfigen Großklappengesindel, das von den Unter-

nehmern verachtet, aber als Werkzeug gebraucht wird, laufen

heute immer noch tausende Arbeiter nach und lassen sich davon

beschwirbeln. Ein Beweis, daß die Dummen noch lange nicht

alle sind.

Lothringen.

Die Aussführungen unseres Kameraden H u e auf dem sozialdemokratischen Parteitag, wonach der Explosionsherd auf Beche Lothringen nicht im 4. Abteilungsquerriegel der 3. Sohle, wie dem Kaiser von der Bergbehörde berichtet wurde, sondern weit eher auf Ort 5 des Flözes G zu suchen ist, haben großes Aufsehen erregt, und die werksfreundliche Presse bemüht sich frampfhaft, sie zu entkräften, aber umsonst. Sogar das Regierungssorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 280 vom 1. Oktober) veröffentlicht einen Artikel von „privater sachverständiger Seite“ gegen Hu e, den wir, obwohl er jede Sachlichkeit vermissen läßt, nicht unwiderrührbar lassen können. Der „Sachverständige“ führt zunächst aus:

„Der Ort, an den Herr Hu e den Explosionsherd verlegt, war längere Zeit vorher zu Brüche gegangen, weil hier eine Störung derart durchsetzt, daß das Flöz in einer Mächtigkeit von 3—4 Meter doppelt liegt. Gerade an derartigen eingezwängten Stellen wird der Ausbau aber besonders gut wieder hergestellt, weil sonst sonstiges Gefahr des nochmaligen Einsturzes besteht.“

Diese Aussführungen sprechen doch nicht gegen, sondern für die Ansicht Hu es. Das Flöz war an der fraglichen Stelle von einer Störung durchsetzt und hatte etwa die dreifache Mächtigkeit wie gewöhnlich. Es ist aber bekannt, daß in solchen Störungen die Schlagwetterentwicklung in der Regel am stärksten ist. Und wenn auch an derartigen Stellen, wenn sie eingestürzt waren, der Ausbau besonders gut wieder hergestellt wird — ob er es war, wird nicht behauptet — so entstehen hinter dem Ausbau doch oft recht große Höhrräume, wo sich die Schlagwetter an-

sammeln und durch irgend einen Umstand zur Explosion gebracht werden können.

Über die Bewetterung an der fraglichen Stelle führt der „Sachverständige“ dann aus:

„Die betr. Abteilung wurde vor der Explosion auch überaus reizvoll mit 450 Kubikmeter frischer Luft in der Minute oder mit 82 Kubikmeter pro Kopf der dort beschäftigten Arbeiter bewettert. Hieron dienen allein zur Bewetterung von Flöz G 800 Kubikmeter. In der Nähe des Ortes 5 wurde ein Bremsberg betrieben.“

Wenn diese Aussführungen wirklich mit den Tatsachen übereinstimmen, sprechen sie nicht gegen die Ansicht Hu es, denn damit wird nicht bewiesen, daß auch die Höhrräume bewettert würden. Darauf aber kommt es allein an. Der stärkste Wetterstrom kann nicht hindern, daß sich in den Höhrräumen Schlagwetter ansammeln, wenn er nicht dorthin gelangt. An der fraglichen Stelle aber befand sich von Ort 5 nach Ort 6 ein Höhrraum von 30 bis 40 Meter, der durch das allmähliche Ausrauben der Kohle entstanden war. Schlagwetter sind an dieser Stelle

"Die Gestigkeit des Schlagens hängt u. a. auch von der Dertlichkeit der Entstehung ab. Vor einem geschlossenen Ortstisch wirkt eine Explosion stets heftiger, als eine solche in freier Stütze, wo sich die Explosionsgase nach verschiedenen Seiten ausdehnen können."

Um einen solchen geschlossenen Ortstisch handelte es sich aber, und da dort keinerlei Verstärkungen wahrzunehmen waren, kann die Explosion auch dort ihren Entstehungsherd nicht gehabt haben, wie der „Sachverständige“ behauptet. Die Explosion verläuft auch nicht immer dem Wetterstrom entgegen gesetzt, sondern doch so, wie es die Dertlichkeiten gestatten. All die aufgeführten Gründe können also die Ansicht Hues nicht entkräften, widerlegen sich im Gegenteil selbst, und es ist völlig verschlissen, wenn der „Sachverständige“ wie folgt fortfährt:

"Angeschlosst dieser überzeugenden Tatsachen fragt man sich erstaunt nach dem Grunde, weshalb gewisse Kreise durchaus eine andere Explosionsstelle haben wollen. An dieser Erklärung dürfte als ausschlaggebend daran hinzuweisen sein, daß in dem Querschlag trotz des ausdrücklichen Befehls, die festgestellten Säbelwetter vor dem Schieben durch gelegte Wachstücher zu beseitigen, die Sprengstoffstöße trocken, und zwar sogar mit Dynamit, abgetan wurden. Durch den Querschlag war ein kleines Stück freigelegt worden, so daß hier durch herpolizeiliche Verordnung die Verwendung von Dynamit unbedingt verboten war. Bei dem früheren Unfall auf der Zeche Osterfeld ist eine genau gleiche Entstehungssurfaehe festgestellt worden. Auch hier machte man von sozialdemokratischer Seite den Versuch eine andere Explosionsstelle anzuführen. Man will eben mit dem Entstehungsort die Entstehungssurfaehe verschlieben."

Mit viel größerem Recht könnten wir den äußerst beweis schwachen Gründen dieses „Sachverständigen“ gegenüber die Frage antworten: Warum bemüht man sich so stark um Pflicht, den Explosionsherd in den Abteilsquerschlag der dritten Sohle zu legen? Sehr erklärlich wäre er an anderer Stelle, könnte man nicht mehr sagen: In dem Querschlag sind trotz des ausdrücklichen Befehls, die festgestellten Säbelwetter vor dem Schieben durch geeignete Wachstücher zu beseitigen, die Sprengstoffstöße trocken, und zwar sogar mit Dynamit, abgetan worden. Hierdurch wird die Sache entlastet, der tote Steiger und die toten Arbeiter, die sich nicht mehr verteidigen können, aber belastet. Neinhin liegen auch die Verhältnisse auf Zeche Osterfeld. Der „Sachverständige“ der „Nordd. Allg. Blg.“ läßt auch völlig die Maske fallen, wenn er zum Schluß ansfüllt:

"Pedigree das Bestreben, die freigestellte Ursache der Explosion in Zweifel zu ziehen, gab Herrn Hu die Verantwortung, einen anderen Explosionsherd ausfindig zu machen. Von der Gesamtzahl der entzündungspflichtigen Unfälle im Bergbau werden jährlich rund 30 Prozent als durch die Schuld der Verletzen selbst und ihrer Mitarbeiter verantlicht nachgewiesen. Und wieviel Unfälle bleiben unerklärt? Hieraus ergibt sich ein wichtiger Fingerzeig für den Weg zur Erhöhung des Arbeiterschutzes, nämlich durch eine Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls und des Pflichtbewußtseins jedes einzelnen Arbeiters."

Mit anderen Worten: Die Niederschlecht und Leichtsinnigkeit der Arbeiter ist schuld an der Katastrophe auf Rothringen; um das zu vertuschen, sucht Hu einen anderen Explosionsherd ausfindig zu machen. Es hieße unseren Kameraden Hu beleidigen, wollten wir ihn gegen diese infame, völlig aus der Lust geöffnete Unterstellung verteidigen. Auch ist es nicht bewiesen, daß die Angaben der Bergbehörde, wonach rund 30 Prozent der Unfälle durch die Schuld der Verletzen oder ihrer Mitarbeiter verursacht werden, zutreffend sind. Haben wir doch wiederholst feststellen können, daß sich die Bergbehörde bei Unfalluntersuchungen mit der Vernehnung der von der Zeche benannten Zeugen begnügte. Weiter wissen wir, daß die Bergbehörde selbst bei ganz hohen Krankenfällen in ihren Berichten sagt: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend." Über selbst wenn die Angaben der Bergbehörde über die Unfallsachen im allgemeinen richtig wären, würde damit nicht bewiesen, daß der Explosionsherd auf Rothringen sich im Abteilungsquerschlag der dritten Sohle befindet hat. Der „Sachverständige“ scheint auch die wahnsinnige Jagd nach Kohlen, das gewaltige Heer ungelernter Arbeiter, das alljährlich herangeholt wird, die Auswüchse des Soll- und Prämienystems usw. nicht zu kennen, sonst würde er seinen Fingerzeig zur Erhöhung des Arbeiterschutzes an eine andere Adresse gerichtet haben.

So fällt bei genauer Prüfung ein Nachfertigungsversuch nach dem andern. Die Schwäche seiner Beweisführung scheint auch der sondersbare „Sachverständige“ der „Nordd. Allg. Blg.“ zu fühlen, darum schwent er nach bekanntem Rezept wie folgt mit dem „roten Lappen“:

„Besonders bedauerlich ist es, daß sogar der sozialdemokratische Sicherheitsmann der Zeche Rothringen, trotzdem ihm die oben angeführten überzeugenden Tatsachen auch bei einer gemeinsamen Grabenscharte mit dem die Untersuchung führenden Geheimen Bergrat Steff dargelegt wurden, bei seiner anderen Aufstellung beharrte. Ist dieser Sicherheitsmann unabhängig von jenen sozialdemokratischen Verbänden? Hier ist der Weg, auf dem der alte Verband die von ihm angeblich angestrebte Unabhängigkeit der Sicherheitsmänner selbst gewährleisten kann.“

Der Klerikalismus in Belgien.

IV.

Ein besonders wichtiges Kapitel des Barnichischen Buches ist dasjenige, worin der Verfasser die Art schildert, wie der belgische Klerikalismus die Eroberung der arbeitenden Klasse betreibt. Gerade hier zeigt sich das Wirken des Klerus in der unerfreulichen Gestalt des politischen Geistlichen, des Geckoplans, am deutlichsten. Es lohnt sich, unseres Gewährsmann hier mit seinen eigenen Worten reden zu lassen.

„Der Kreuzzug, den der Klerikalismus zur Eroberung der Wählerstimmen unternahm, indem er die Arbeiter in seine wirtschaftlichen Organisationen hineintrief, hat unweigerlich der katholischen Partei jenen Rückhalt gegeben, der das Geheimnis seiner Macht bildet. Es gibt, das mögen wir uns gefaßt sein lassen, in keinem Lande eine besser organisierte Partei. Wer niemand wird bestreiten, daß dieser Zusammenhalt und diese Lebensfähigkeit einzig das Werk des gesamten Klerus ist, der an dem Dasein und dem Gedeihen der katholischen Partei interessiert und darunter gut diszipliniert ist, daß der Modernismus ihm mit seinem Hauch verbürtigt hat. Bis 1884 hatten sich die Priester begnügt, von der Kanzel gegen die verhängnisvollen Lehren der göttlichen Worte zu predigen, ihre Schärfe an Hause aufzusuchen und um ihre Stimmen für den klerikalen Kandidaten zu werben. Aber wie mußte der Einfluß der Geistlichen wachsen, als die Pfarrkirchen ihnen die Sorge für ihr leibliches Wohl, die Führung ihrer weltlichen Geschäfte und die Vorbereitung über ihre Zukunft anvertraut. Wie mußte die geistliche Autorität in den Augen der Gläubigen steigen, als der Klerus ihnen erstmals als der Verwalter der Gaben von oben, die er allein in der Form praktischer Unterstützungen zu verteilen hatte. Urigaben von seinen weltlichen Streitern, den Führern und Mitgliedern der zahlreichen Organisationen, wurde der Geistliche ein Potentat, der seiner Partei unumschränkte Dienste leistete. Die verschiedenen katholischen Kongresse hatten die Aufgabe, die Mittel und Wege zur Ausübung dieses enormen Einflusses zu beschließen, ihm fruchtbar zu gestalten durch die Vereinigung der Geistlichkeit mit der Tätigkeit im einzelnen, wobei immer als Endziel die Herrschaft der Partei durch die Herrschaft der Kirche im Auge behalten wurde. Das Pfarrhaus und das Kloster wurden, in der Stadt wie auf dem Lande, die Filialen der katholischen Aktion, die Geistlichen wie die Ordensleute wurden beauftragt, sich mit Eifer der Gründung von Kirchengruppen wirtschaftlicher Organisationen zu widmen. Der Klerus ist heute derart in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Betrieb des Klerikalismus verstrickt, daß man sagen kann: die Geistlichen, ob sie dem Welt- oder dem Ordensklerus angehören, sind die wahre Agitatoren und Organisatoren der katholischen Partei.“

Die völlig hältlose, insame Unterstellung, daß die Aussöhnung unseres Sicherheitsmanns von unserem Verbande beeinflußt würde, weisen wir entschieden zurück. Der Sicherheitsmann vertritt seine Aussöhnung seiner Nebenzugung entsprechend völlig unabhängig von unserem Verbande. Wenn er aber den beweis schwachen Gründen des „Sachverständigen“ der „Nordd. Allg. Blg.“ nicht folgen kann, so liegt das doch nur an diesen „Gründen“. Hebrigen schrieb die „Kölner Zeitung“ in Nr. 1069 vom 26. September:

"Der Vertreter des Handelsministers (Geheimrat Steff, D. R.) hat den Sicherheitsmann mit in die Grube genommen und genau befragt: nichts ist geblieben von all den Behauptungen, die die bis herigen Behauptungen der Aussöhnungsbrüder und der Zechenverwaltung als unrichtig hinstellen konnten.

Nichts ist geblieben von all den Behauptungen, schreibt die „Kölner Zeitung“; trotz der „angeführten überzeugenden Tatsachen“ beharrte der Sicherheitsmann bei seiner Aussöhnung, daß der Explosionsherd nicht in dem Abteilungsquerschlag der dritten Sohle, sondern weit eher in Höhle 6 oder 7 zu suchen sei, klagte der „Sachverständige“ in der „Nordd. Allg. Blg.“. Statt durch solche Stillübungen der Aufklärung über die Ursache der Katastrophe gedient werden? Wohl kaum! Aber das ist ja auch nicht der Zweck. Es ist aber bezeichnend, daß das Regierung organ, die „Nordd. Allg. Blg.“, solchen von keiner Sachkenntnis getriebten, verleumderischen Ergebnissen seine Spalten öffnet.

Wir haben in vorher Nummer schon ausgeführt und wiederholen: Der Streit um den Entstehungsherd ist von geringer Bedeutung gegenüber der Frage: Wie konnte die Explosion eine so gewaltige Ausdehnung annehmen? Diese Frage beantworten, heißt die Schuldfrage lösen. Beantwortet man also diese Frage, das ist zweckdienlicher wie das verleumderische Kesseltreiben gegen Hu, wodurch der Aufklärung über die Ursachen der Katastrophe in keiner Weise geholfen wird.

Teuerung und Regierung.

Die Preise kreisten und gebaren ein Mäuselein. Endlich, nach jahrelangen Überlegungen, Erhebungen, Beratungen, Erwägungen usw. hat die Regierung am 28. September fund getan, daß folgende Maßnahmen zur Behebung der Fleischnot getroffen werden sollen:

1. Für große Städte, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganze Landesteile maßgebend sind, soll die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Russland und von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten niedrigeren Preise an die Verbraucher verkauft wird. Die Verförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsort muß in plombierten Wagen erfolgen.

2. Unter den gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Russland im Wege besonderer Genehmigung in einzelnen größeren Städten des Reichs, bei denen für eine derartige Versorgung ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.

3. Unter den gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden im Wege besonderer Genehmigung in hierzu geeignete Schlachthöfe großer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtvieh aus Österreich-Ungarn gestellten veterinärpolizeilichen Vorsichtsmassregeln und Bedingungen gestattet werden.

Die besonderen Genehmigungen (1-3) sollen unbeschadet der bestehenden allgemeinen Einfuhrverbote erteilt werden.

4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien wird aufgehoben werden.

5. Endlich ist für den Fall des Bedürfnisses eine vorübergehende Erhöhung des für das überdeutsche Industriegebiet bestimmten Kontingents russischer Schlachtswiehne in Aussicht genommen. Ferner sind auf dem Gebiete der Eisenbahntarife preußischerseits folgende Maßnahmen in Aussicht genommen:

1. Der mit Ende dieses Jahres ablaufende Ausnahmetarif für frisches Fleisch, der gegenüber den normalen Tariffzäben wesentliche Verbilligungen enthält, wird auf ein weiteres Jahr verlängert und noch weiter verbilligt.

Von den so ermäßigten Tariffzäben wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 Prozent gewährt:

a) zugunsten von Gemeinden und Organisationen, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder an Fleischer zum Verkauf zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben,

b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter den Schlaflokalen an eine Angeleitete oder zwecks Verkaufs an eigene Angeleitete zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen an Fleischer abgeben.

2. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß, und zwar um 30 Prozent, von den Frachtkästen für lebendes Vieh gewährt.

Soweit geöffnetes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen des Eisenbahntarifs auch für geöffnetes Fleisch.

3. Die Vergünstigungen, die zugunsten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beim Bezug von Seeischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 Proz.), bleiben auch für das Jahr 1913 in Kraft.

Und der Clericale Louis Lamart, der 1909 auf dem Konsilstag in Mechelen über das Laienapostolat in den Pfarreien redete, sagte: „Die Eucharistische Liga gestaltet sich zu einer Pfarranstaltte von Mittämpfern für unsere Nation. Daß dieser Liga wird der Geistliche, der im Herzen das moralische und materielle Wohl seiner Pfarrkirche tragt und für ihre Bedürfnisse die nötigen Maßnahmen trifft, als Mitarbeiter aufrechte, fähige, überzeugte Männer, wahre Apostel finden, die der christlichen Aktion nicht bloß den Namen und den Programm nach, sondern durch die Tat dienen. Andererseits wäre es überflüssig, herzobzuhaben, welch ungeheure Lebendkraft eine Bruderschaft vom allerheiligsten Altarsakrament im Kleriker unter der Aufführung zweier Abgeordneter der M. Gladbach Volksvereinszentrale eine Revolution...“, welche die Erleichterung der Fleischversorgung verlangt. „Am 12. September aber veröffentlichte die Centrumspresse („Göttinger Volkszeitung“, Dortmund „Dremonia“) einen offensichtlich der Volksvereinszentrale entstammenden

4. Die Tarife für Futtergerste und Mais werden unter der Verbindung, daß die Frachterniedrigung dem Fleischalter zugute kommt, bis Ende September 1913 auf den Spezialtarif II zurückgeführt, was eine Frachterniedrigung um fast die Hälfte bedeutet.

Ein gleiches Vorgehen ist bei den übrigen Staatsseisenbahnen verwaltungen angeregt worden.

Endlich ist, um die Mitwirkung der Gemeinden an der Fleischversorgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden die frische, auch geöffnetes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einzuführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorgeschriebenen Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Bölltariffs erhobenen Eingangszzoll bis auf einen Betrag zu erläutern, der sich ergibt, wenn anstatt der Böllszäbe von 25 oder 27 Mark der Böllszäbe von 18 Mark für den Doppelzettner zugrunde gelegt wird.“

In der Begründung heißt es zum Schluß: Die Regierung will mit allem Nachdruck die „noch einer weiteren Ausdehnung fähige“ heimische Viehzucht heben durch die „kraftvolle Förderung der Landesmelioration, der inneren Kolonisation und der Urbarmachung der ausgedehnten Moorb- und Niedlandsflächen.“ Die letzteren Versprechungen klingen ja sehr verheißungsvoll, doch bedeuten sie Zukunftsmusik, womit die arbeitende Bevölkerung ihren Hunger nicht stillen kann. Es ist weniger als wenig, was die Regierung zur Behebung der Fleischnot tun will. Nur eins ist ihr durchaus gelungen: mit vielen Worten wenig zu sagen.

Die angekündigten Maßnahmen erweden denn auch nirgends Befriedigung. Die linksliegende Presse, insbesondere die Arbeiterpresse, erblickt in diesen Maßnahmen Sabotage. Die Presse der Zünfer und Großgrundbesitzer aber erblickt darin eine Durchbrechung der herrschenden, großagrarischen Böll- und Grenzverrennpolitik, durch die das Vertrauen der Landwirtschaft zur Regierung einer schlimmen Belastungsprobe ausgesetzt werde. Diese Kreise erblicken bekanntlich im Staate nur eine Krieffrippe und drohen gleich mit einer Revision ihrer „vaterländischen und monarchischen“ Gesinnung, wenn darin auch nur die geringste Änderung eintreten soll.

Und doch fehlt in den Maßregeln der Regierung alles, was wirklich helfen könnte. Vor allen Dingen die Beseitigung des § 12 des Fleischbeschauugesetzes, die Aufhebung der Futtermittelzölle, der Ausfuhrprämien für Getreide, der Einfuhrchein usw. Wirkliche Abhilfe ist nur möglich durch die ausreichende Einfuhr von argentinischem und austroamerikanischem Fleisch in gefülltem oder gefrorenem Zustande. Die Aussichten, daß bei den lebigen Verhältnissen Fleisch aus den Balkanländern oder aus Russland in ausreichendem Maße eingeführt werden könnte, sind ziemlich gering.

Zur Durchführung wirklich wirksamer Maßregeln bedarf es aber der Mitwirkung des Reichstags, dessen Einberufung von dem der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon am 5. September gefordert wurde. Daran denkt aber die Regierung nicht, denn der Reichskanzler hat dem Abgeordneten Webel folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Der Reichskanzler.“ Berlin, den 28. Sept. 1912.

Auf die Eingabe vom 5. dieses Monats erwidere ich ergebenst, daß die von mir und der königlich-preußischen Staatsregierung gegenüber der zurzeit bestehenden Fleischsteuerung ergriffenen Maßnahmen heute durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht werden. Von diesen Maßnahmen würde nur der Entwurf eines Gesetzes, bestreßend vorübergehende Böllerleichterung bei der Fleischseinfuhr, der Zustimmung des Reichstages bedürfen. Zumal unterliegt er der Verabschiebung des Bundesrats.

Ich darf annehmen, den Herren Mitunterzeichnern der Eingabe hieron Kenntnis zu geben.

In Herrn A. Webel, Mitglied des Reichstages Hochwohlgeboren.

Hochachtungsvoll.

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße.“

Damit wird nur bestätigt, daß die Regierung in jährlicher Sorge um das „bewährte Wirtschaftssystem“ jeder ernsten Aktion der Reichsgefegebung aus dem Wege gehen will, wodurch die allgemeine Notlage behoben werden könnte.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

„M. Gladbach Februar.“

Unser alter „Freund“ von M. Gladbach „beeindruckt“ uns mit folgender Zuschrift:

„Die Nr. 28 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 21. September enthält einen Artikel mit obiger Überschrift. Darin wird die „M. Gladbach Volksvereinszentrale“ einer widerstreitenden Haltung in der Frage der Bekämpfung der Fleischsteuerung beschuldigt. In dem Artikel heißt es teils wörtlich, teils inhaltsmäßig:

„Am 10. September beschlossen in Köln die zentrumskirchlichen Arbeiter unter der Aufführung zweier Abgeordneter der M. Gladbach Volksvereinszentrale eine Revolution...“, welche die Erleichterung der Fleischversorgung verlangt. „Am 12. September aber veröffentlichte die Centrumspresse („Göttinger Volkszeitung“, Dortmund „Dremonia“) einen offensichtlich der Volksvereinszentrale entnommenen Helfer an, die Eltern aufzufuchen und sie zu überreden, daß sie ihre Kinder den klerikalen Schulen zuführen. Mitglieder zu werben für die Patronen, die Jugezgarden, die Arbeitervereine, die Egerzitien, die Genossenschaften usw. Jeder dieser Verbrauermänner hat in der Pfarrei sein bestimmtes Gebiet, das er zu bearbeiten hat, und der Leiter und Mittelpunkt des Gangen ist Hochwürden, der Herr Pfarrer mit seinen Vikaren. Diese Tätigkeit wird als selbstverständliche angesehen und Gefüche um Einstellung neuer Pfarrer werden ganz offen mit dem Hinweis begründet, daß die „œuvres“, d. h. die politische und soziale Tätigkeit zugunsten der Partei, die vorhandenen Kräfte derart in Anspruch nehmen, daß das geistliche Amt darunter Not leide.“

Diese auf den Namen des heiligen Wendelinus getauften Organisationen machen es dem Geistlichen, er mag wollen oder nicht, zur Pflicht, sich in das Klerikale Parteigetriebe einzufügen. Von hier aus ergibt sich das weitere, die Teilnahme an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bemühungen zugunsten der klerikalen Partei, von selber. Das Pfarrhaus wird zum Sekretariat der politischen Partei, denn die „œuvres chrétien“ die „christlichen Werke“, die die Pfarreier treiben, sind in Wachheit nichts als die zum gemeinsamen Nutzen von Kirche und Partei betriebene Organisierung der Massen. Der Pfarrer lernt seine „Laienapostel“ und sonstigen den Organisationen entnommenen Helfer an, die Eltern aufzufuchen und sie zu überreden, daß sie ihre Kinder den klerikalen Schulen zuführen. Mitglieder zu wer

Artikel über Gefrierfleisch...," der Gewissheit verlangte, "dass im Falle der Schädigung der deutschen Bevölkerung die entsprechende Zoll erhöhung (für Gefrierfleisch) eingeführt wird." Die "Bergarbeiterzeitung" folgert daraus eine "mit höchster Doppelzüngigkeit gesparte Verhöhnung der Hungenden" durch die "von M. Gladbach initiierte Zentrumspresse".

Demgegenüber stellen wir fest, dass dieser von Ihnen angezogene Artikel einiger Zeitungsblätter weder der "Vereinszentrale entstammt, noch von einem ihrer Mitglieder verfasst ist und in absolut keinem urfachlichen Zusammenhang mit der Zentralstelle des Volksvereins steht.

M. Gladbach, den 28. September 1912.

Zentralstelle des Volksvereins.

Dr. G. Braun, Direktor.

Dennach haben wir das M. Gladbach'sche Kollegium zu "hoch" eingeschätzt. Gott nicht nicht vorkommen!

Zur Reform der Berginspektion.

Eine scharfsinnige Unterscheidung.

Wir erhielten folgende Verichtigung:

"Zu dem unter der Überschrift: "Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner für Preußen und die Handhabung derselben durch die Bergbehörden" in Nr. 35 vom 31. August veröffentlichten Artikel bemerkten wir:

Es ist nicht richtig, dass Verbandsmitglieder beim Oberbergamt Protest eingelegt haben, weil die Verwaltung der Beche Helene und Amalie entgegen den Bestimmungen des Vergesetzes betr. Sicherheitsmänner in den Arbeiterausschuss eingesetzt. Beamte entsandt hat, wie von den Arbeitern gewählte Mitglieder vorhanden sind. Richtig ist, dass die Verwaltung gemäß § 4 der von der Bergbehörde genehmigten Statuten für die Unterstützungsclasse als Vorstandsmitglieder dieser Kasse die gleiche Zahl Beamte bestimmt hat, wie von den Arbeitern ausgewählte Mitglieder in den Vorstand gewählt sind. Nach § 80d des Allg. Vergesetzes ist dies zulässig. Die Verhöhnung ist vom Königl. Oberbergamt zu Dortmund zurückgewiesen worden. Beche Helene und Amalie. Die Direktion: (Name unleserlich.)"

Richtig ist, dass nach § 80d des Allg. Vergesetzes der ständige Arbeiterausschuss an der Verwaltung der Unterstützungsclasse mit der Pflicht betraut sein muss, "dass den von den Arbeitern gewählten Mitgliedern zugehören mindestens die Hälfte der Stimmen zugesetzt." Das gilt aber nur für die Unterstützungsclasse, nicht für die Zusammensetzung des Arbeiterausschusses. § 80d bestimmt, dass die von dem Werksbesitzer ernannten Mitglieder des Arbeiterausschusses gegenüber den von den Arbeitern gewählten in der Minderzahl bleiben müssen. Nun wird aber, soweit und bekannt ist, die Unterstützungsclasse der Beche Helene und Amalie von Werksbesitzer verwaltet. Es kommt also nicht der § 80d, sondern der § 80c des Allg. Vergesetzes in Frage, wonach die vom Werksbesitzer ernannten Mitglieder in der Minderzahl bleiben müssen. Die Entscheidung des Oberbergamtes beruht jedenfalls auf falscher Vorauflösung und ist daher sehr unfehlbar. Aber wenn das nicht der Fall wäre, handelt die Beche doch wenig loyal, wenn sie das ihr zusätzliche Rechte in dem Maße ausnutzt und den Arbeiterschluss damit schwärtzt. Unfehlbar würde sie sich gar nichts vergeben, wenn sie den Arbeitern auch in der Verwaltung der Unterstützungsclasse die Mehrheit der Stimmen aufzustellen würde, handelt es sich doch in der Hauptsache um Streit zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen.

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 8070 Bewegungen geführt, an denen 111 000 Personen beteiligt waren. Davon endeten 6750 gleich 69,0 Prozent mit 808 418 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, während es in 2314 Fällen gleich 30,1 Prozent mit 225 233 Beteiligten zum Streit oder zur Aussperrung führte. Gegenüber dem Vorjahr, in welchem 9090 Bewegungen mit 1 625 542 Beteiligten standen, sind die wirtschaftlichen Vereinigungen im Jahre 1911 an Zahl und Umfang etwas geringer. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass 1910 sich der umfangreiche Kampf im Baugewerbe vollzog. Es galt das Baugewerbe in diesem Jahre allein 1287 Kämpfe mit 181 100 Beteiligten – darunter 631 Aussperrungen –, während 1911 nur mit 845 Kämpfen und 32 625 darunter beteiligten Personen vergleichbar ist. Folgt man der Perspektive, so hat die Gewerbegruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau den stärksten Anteil an den Kämpfen des Jahres 1911, es kommen auf diese allein 125 000 Personen, die an 562 Kämpfen beteiligt waren. Von den übrigen Gewerbegruppen waren an den Kämpfen beteiligt: Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 80 Kämpfen und 2259 Personen, die Holzindustrie mit 194 Kämpfen 30 000 Personen, die Fahrzeugs- und Betriebsmittelindustrie mit 192 Kämpfen und 28 298 Personen, die Kleidungs-, Leder- und Textilindustrie mit 124 Kämpfen und 46 800 Personen, das Handels- und Transportgewerbe mit 239 Kämpfen und 19 559 Personen und die sonstigen Gewerbe mit 202 Kämpfen und 31 007 Personen. Die Gewichtsstärke für die wirtschaftlichen Vereinigungen stellt sich auf 18 272 313 Mt., wovon auf Streits und Aussperrungen 16 062 908 Mt. und auf die Aussperrungen allein 5 821 611 Mt. entfallen.

Von den gesamten Bewegungen waren 7046 = 72,9 Prozent mit 585 575 Beteiligten = 57,9 Prozent erfolgreich und 1701 = 17,6 Prozent mit 294 203 Beteiligten = 29,1 Prozent teilweise erfolgreich. Dieses Ergebnis ist dem des Vorjahres ungefähr gleich. Es endeten 1910: 91,2 Prozent der Bewegungen erfolgreich und teilweise erfolgreich, und 9,8 Prozent der Beteiligten hatten keinen und teilweise Erfolg. Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6330 und von den Streits und Aussperrungen 2201 durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmen zum Abschluss gebracht. In 182 Fällen wurden diese Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbedeutschlands oder dem Vorsteher des Streits geführt. Der Verlust an Arbeitszeit durch die Streits und Aussperrungen beläuft sich auf 6 884 240 Tage, davon entfallen auf die Aussperrungen allein 5 821 611 Tage.

Bei der Durchführung der Kämpfe ist die Organisationszugehörigkeit der Beteiligten Arbeiter von wesentlicher Bedeutung, da hier von der materielle Unterstützung und damit die Widerstandskraft der Kämpfenden während der schweren Zeit des Kampfes abhängig ist.

Von allen an den Streiten beteiligten Personen waren 229 042 in den Streitkämpfen eingetragen und gehörten von diesen 244 885 Personen der Organisation an, davon 170 246 beim Beginn des Streites bereits 6 Monate und darüber. Von den 6750 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 602 425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und 888 mit 23 901 Beteiligten dienen der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Bisher Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 4514 = 76,4 Prozent und von den Beteiligten 445 841 = 67,3 Prozent. Abwehrbewegungen waren 708 = 70,5 Prozent erfolgreich, 21 121 Beteiligte erreichten vollständige Bewilligung ihrer Forderungen.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffstreits. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Prozent aller Kämpfe und waren daran 109 657 Personen beteiligt. Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffstreits stattgefunden; es wurden in demselben gefüllt 1855 Streits mit 110 613 Beteiligten. An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertrifft. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiteraufstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte. Es erklärt sich ohne weiteres, dass als Ursache der Angriffstreits die Forderung auf Lohn erhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gejagt. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verbesserung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streit führte. Lohn erhöhung und Arbeitszeitverbesserung wurde in 641 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1996 Angriffstreits = 64,3 Prozent hatten einen vollen und 288 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streits waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreits ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Während 1910: 830 folcher Streits stattfanden, die 21 500 Personen in Mitleidenschaft zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streits greiften, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverkürzung und in 285 gegen Mahnzugestellung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verstärkte Geschehen der Unternehmen nach vermehrtem geistlichen Schutz gegen den "Terrorismus der Arbeiter" ist, dass in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streit gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts seitens der Unternehmen wehren mussten. In 670 Fällen = 66,9 Prozent gelang es für 23 508 Personen = 55,7 Prozent, durch Arbeitseinstellung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streits blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden den Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblich ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, dass durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalwohl geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmen zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffstreits und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmen den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 = 29 Prozent mit vollem

geführten werden soll. Beim vorigen Prozess war das nicht möglich, da die zur Einlegung der Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts erforderliche Höhe des Streitobjektes nicht vorhanden war. Auf den Ausgang dieses Prozesses kann man gespannt sein.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

Die Nachwirkungen der Versteuerung der Nahrungsmittel und notwendigsten Gebrauchsartikel durch die Steuergesetzgebung von 1909 machen sich in leichten Jahren in vollem Maße geltend. Nur zu natürlich ist es daher, dass die Arbeiterschaft demütig war, durch Lohnforderungen einen Ausgleich herbeizuführen, um sich wenigstens die bisherige Lebenshaltung zu sichern. Würde dies nicht geschehen, so ließen die Unternehmen durch ihre Vertreter im Streit das direkt die Elternschaft nach Herzogenblut ausbauen und in noch höherer Masse, als dies schon geschehen, die Arbeiter die Mittel zur Erhaltung und Verwaltung des Staates aufzutragen. Da die Arbeiterschaft genötigt ist, bei jeder Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nach einem höheren Einkommen zu streben, würde die Unternehmer nicht weiter berühren. Da die Arbeiterschaft aber durch ihrer gewerkschaftlichen Organisation den berechtigten Anforderungen vielfach Gestalt zu schaffen vermögt, das behagt den Nahrungsmittelvertretern nicht und sie sehen alles daran, die Kämpfe der Arbeiter zu verhindern oder mindestens erfolglos zu machen. Die eigene wirtschaftliche Macht reicht hierzu nur in den wenigen Fällen aus und deshalb soll das Reich mit einer Brangengesetzgebung eingreifen. Das ist die Gestaltung dafür, dass das Unternehmertum in den letzten beiden Jahren lauter als je und ohne Unterbrechung nach Verschärfung des Koalitionsstreites der Arbeiter schreit, denn etwas anderes soll der sogenannte Saal der Arbeiterschaft nicht bezeichnen, als die Arbeiterschaft zu verhindern, mit Erfolg eine Arbeitseinstellung zu unternehmen. Da die Arbeiter keineswegs geneigt sind, sofort und in allen Fällen zum Streit zu greifen, wird durch die von der Generalkommission bearbeitete Statistik der Gewerkschaften die Macht der Organisationen, und sie zeigt davon, dass die Arbeiterschaft diese Macht nicht dazu benutzt, um mit Streiks zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen.

In den unter der Überschrift: "Die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner für Preußen und die Handhabung derselben durch die Bergbehörden" in Nr. 35 vom 31. August veröffentlichten Artikel bemerkten wir:

Es ist nicht richtig, dass Verbandsmitglieder beim Oberbergamt Protest eingelegt haben, weil die Verwaltung der Beche Helene und Amalie entgegen den Bestimmungen des Vergesetzes betr. Sicherheitsmänner in den Arbeiterausschuss eingesetzt. Sicherheitsmänner sind von den Arbeitern gewählte Mitglieder vorhanden. Richtig ist, dass die Verwaltung gemäß § 4 der von der Bergbehörde genehmigten Statuten für die Unterstützungsclasse als Vorstandsmitglieder dieser Kasse die gleiche Zahl Beamte bestimmt hat, wie von den Arbeitern ausgewählte Mitglieder in den Vorstand gewählt sind. Nach § 80d des Allg. Vergesetzes ist dies zulässig. Die Verhöhnung ist vom Königl. Oberbergamt zu Dortmund zurückgewiesen worden. Beche Helene und Amalie. Die Direktion: (Name unleserlich.)"

Richtig ist, dass nach § 80d des Allg. Vergesetzes der ständige Arbeiterausschuss an der Verwaltung der Unterstützungsclasse mit der Pflicht betraut sein muss, "dass den von den Arbeitern gewählten Mitgliedern zugehören mindestens die Hälfte der Stimmen zugesetzt." Das gilt aber nur für die Unterstützungsclasse, nicht für die Zusammensetzung des Arbeiterausschusses. § 80d bestimmt, dass die von dem Werksbesitzer ernannten Mitglieder des Arbeiterausschusses gegenüber den von den Arbeitern gewählten in der Minderzahl bleiben müssen. Nun wird aber, soweit und bekannt ist, die Unterstützungsclasse der Beche Helene und Amalie von Werksbesitzer verwaltet. Es kommt also nicht der § 80d, sondern der § 80c des Allg. Vergesetzes in Frage, wonach die vom Werksbesitzer ernannten Mitglieder in der Minderzahl bleiben müssen. Die Entscheidung des Oberbergamtes beruht jedenfalls auf falscher Vorauflösung und ist daher sehr unfehlbar. Aber wenn das nicht der Fall wäre, handelt die Beche doch wenig loyal, wenn sie das ihr zusätzliche Rechte in dem Maße ausnutzt und den Arbeiterschluss damit schwärtzt. Unfehlbar würde sie sich gar nichts vergeben, wenn sie den Arbeitern auch in der Verwaltung der Unterstützungsclasse die Mehrheit der Stimmen aufzustellen würde, handelt es sich doch in der Hauptsache um Streit zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen.

Die Gewichtsstärke für die wirtschaftlichen Vereinigungen stellt sich auf 18 272 313 Mt., wovon auf Streits und Aussperrungen 16 062 908 Mt. und auf die Aussperrungen allein 5 821 611 Mt. entfallen.

Bei der Durchführung der Kämpfe ist die Organisationszugehörigkeit der Beteiligten Arbeiter von wesentlicher Bedeutung, da hier von der materielle Unterstützung und damit die Widerstandskraft der Kämpfenden während der schweren Zeit des Kampfes abhängig ist.

Von allen an den Streiten beteiligten Personen waren 229 042 in den Streitkämpfen eingetragen und gehörten von diesen 244 885 Personen der Organisation an, davon 170 246 beim Beginn des Streites bereits 6 Monate und darüber.

Von den 6750 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 602 425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und 888 mit 23 901 Beteiligten dienen der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Bisher Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 4514 = 76,4 Prozent und von den Beteiligten 445 841 = 67,3 Prozent.

Abwehrbewegungen waren 708 = 70,5 Prozent erfolgreich, 21 121 Beteiligte erreichten vollständige Bewilligung ihrer Forderungen.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffstreits. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Prozent aller Kämpfe und waren daran 109 657 Personen beteiligt.

Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffstreits stattgefunden; es wurden in demselben gefüllt 1855 Streits mit 110 613 Beteiligten.

An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertrifft. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiteraufstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte.

Es erklärt sich ohne weiteres, dass als Ursache der Angriffstreits die Forderung auf Lohn erhöhung sich an erster Stelle findet.

In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gejagt.

Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verbesserung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streit führte.

Lohn erhöhung und Arbeitszeitverbesserung wurde in 641 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht.

1996 Angriffstreits = 64,3 Prozent hatten einen vollen und 288 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streits waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreits ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen.

Während 1910: 830 folcher Streits stattfanden, die 21 500 Personen in Mitleidenschaft zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streits greiften, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren.

In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverkürzung und in 285 gegen Mahnzugestellung von Personen gekämpft.

Bezeichnend für das verstärkte Geschehen der Unternehmen nach vermehrtem geistlichen Schutz gegen den "Terrorismus der Arbeiter" ist, dass in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streit gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts seitens der Unternehmen wehren mussten.

Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden.

Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffstreits und 46 wegen Forderungen der Arbeiter.

Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmen den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten.

Von den Aussperrungen schlossen 60 = 29 Prozent mit vollem

und 47 = 23,7 Prozent mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter und für 82,1 Prozent, der Beteiligten ist voller oder teilweise Erfolg erzielt worden. 1910 standen Aussperrungen in weit erheblicher Umfang statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Berggewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1909 wurden von den Unternehmen 218 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitleidenschaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittenen Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 930 Tage. Der Verlustzeitverlust der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen endeten dagegen mit vollem und 38,9 Prozent mit teilweisem Erfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrung statt der Unternehmen abgesondert. Sie haben seit 1909 nicht weniger als 41 948 850 Markt für Aussperrungen verbraucht. Ihre Exportfreudigkeit ist aufstrebend und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entsprechen. Sie wissen, dass sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung

Aus dem Lager der Schwarz-Gelben.

Rückwärts marsch!

Vor überzehn Tagen wurde in Elberfeld die Generalversammlung der "christlichen" Textilarbeiter geschlossen. Aus dem Bericht über diese Tagung interessiert folgendes: Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug im Jahre 1911: 1. Quartalsjahr 44 425, 2. Quartalsjahr 43 475, 3. Quartalsjahr 41 092, 4. Quartalsjahr 40 682; im Jahre 1912: 1. Quartalsjahr 40 585, 2. Quartalsjahr 40 425.

Herr Schiffer, Vorsitzender des Verbandes und Zentrumsabgeordneter ohne Beichtstuhl, erklärte, daß diese Entwicklung — nach unten! — kein Grund zum Mifmut sei. Man habe heute doch noch immer mehr Mitglieder als im 2. resp. 3. Quartalsjahr 1910. Das ist ein schwerer Trost, den Herr Schiffer seinen Leuten gegeben hat, der aber seine Wirkung ganz verfehlten wird, wenn die "christlichen" Mitglieder erfahren, wie es inzwischen noch weiter bergwärts gegangen ist. Waren doch am 1. August d. J. nur noch 30 625 Mitglieder im "christlichen" Textilarbeiterverband vorhanden, und immer noch laufen die Mitglieder in Scharen aus dem Verband, weil sie dessen "wirtschaftliche Arbeitvertretung" nicht mehr aufhalten können. Man vergleiche die Mitgliederbewegung des "christlichen" Verbandes mit untenstehenden Ausführungen, die Herr Schiffer vom Stapel ließ:

"Wenn wir hier in der Metropole des Wuppertales die diesmalige Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes und eine so folge Begrüßungsfeier veranstalten können, hier, in einer bedeutenden Hochburg der Sozialdemokratie, hier, wo vor einem halben Jahrhundert ein Ferdinand Lassalle seine Triumph feierte, hier, wo die christliche Gewerkschaftsbewegung stets so viel angeleitet wurde, dann ist diese Tatsache für uns besonders erfreulich. Sie ist aber auch ein Beweis für die Tapferkeit, mit der sich unsere Bewegung verteidigt hat."

In Elberfeld-Barmen musterten die gesamten "christlichen" Gewerkschaften am 1. Januar 1912 rund 3000 Mitglieder, während denkbar ist der freien Gewerkschaften schon im Jahre 1911 über 20 000 Mitglieder angeschlossen waren. Und mit den freien Verbänden ist es seitdem nicht zurückgegangen. Diese Gegenüberstellung des Stärkeverhältnisses zeigt uns, daß sich selbst beim Mitglieder schwund die Christenführer noch in hohem Maße ergehen und sich als wermisch was hinstellen. Was soll man sagen, wenn die "christliche" Textilarbeiter-Bewegung" u. a. freudig über die Begrüßungsfeier zu berichten weiß?

"Auf dem geräumigen Plateau der "Stadthalle" bot sich nunmehr den Delegierten ein freundliches und für viele wohl fremdes Schauspiel. Kollege Blankenagel (Barmen) führte die Jugendwehr vor, deren Major er ist. In den schmaßen Uniformen, mit überschultertem Gewehr, bohrten die jungen Burschen in der kompakten, weisen Aufstellung einen erstaunlichen und erstaunlichen Anblick. Kollege Blankenagel erklärte den Delegierten und zahlreichen übrigen Bürgern zunächst in kurzen Worten den Zweck dieser nach militärischem Prinzip organisierten und gelehrten Jugendwehr. Es kam darauf an, körperliche Tüchtigkeit, Disziplin, Unterlandstrebe und Gottessucht in den jungen Leuten zu erziehen. Um Gottessucht in den jungen Herzen zu pflanzen, sei die Jugendwehr auf konfessioneller Grundlage aufgebaut. Die darauf vorgenommenen Übungen der Wehr, die Exerzierbewegungen, der Paradesmarsch und andere Vorführungen ernieten den lebhaftesten Beifall aller Delegierten."

Wir sehen, der "christliche" Textilarbeiterverband hat keine Urfache, lange nach Gründen zu suchen, warum es mit der "christlich-nationalen" Arbeitervbewegung nicht vorwärts gehen will und auch mit ihm selbst nicht. Wer seine Zeit mit solchen die Jugend vergiftenden Klinken vertreibt, der hat allerdings keine Zeit, sich eingehend um die Interessen der Mitglieder zu kümmern.

Bestrafter Berliner.

Während des Bergarbeiterstreits im Frühjahr dieses Jahres gehörte sich die "Essener Volkszeitung" ganz besonders rasant gegen die kämpfenden Bergarbeiter. Eine von den zähspringen Beschimpfungen, die das schwarze Blatt gegen die Streikenden schleuderte, war, daß es behauptete, es hätten viele Verbandsmitglieder Krankenschwestern genommen, um damit über den Streit hinwegzukommen. Unter den wenigen Namen, die zum Beweise dieser Behauptung genannt wurden, befand sich der bei Knoppschäftsältesten Weber aus Münster. Dieser war vor Ausbruch des Streits frant gewesen, als er jedoch den Kampf für unvermeidlich hielt, ließ er sich gesund schreiben, ohne gesund zu sein, und trat dann mit in den Streit. Weber verklagte den Chefredakteur des schwarzen Schwindelblattes, Hanauer, und erzielte sehr dessen Bestrafung zu 40 Mark Geldstrafe. Das Urteil wird allgemein als milde empfunden.

Beide Richtungen sind wieder genehm.

Beim Abschluß eines dreitägigen sozialen Kurses, der für die katholischen Geistlichen des Bistums Münster abgehalten wurde, kam Bischof Benzler in seiner Schlüpfrede auch auf den Gewerkschaftsstreit zwischen Berlin und Köln zu sprechen. In dem Bericht der "Lothringer Volksstimme", des Organs Benzlers, heißt es über diesen Teil der Rede des Bischofs wörtlich:

"Ich möchte noch ein Wort aus den vielen Vorträgen herausgreifen. Man sprach gestern von diesem bedauerlichen Streit im Gewerkschaftslager. Ein Diskussionsredner meinte: 'Nennen wir die Orthodoxie!' Meine Herren! Vor vier Jahren hatte ich eine Audienz beim hl. Vater. Ich legte ihm unsere Verhältnisse in dieser Angelegenheit auseinander und der Papst sagte mir: 'Beide die Richtungen sind gefälscht. In den einzelnen Däzzen soll der Bischof entscheiden.' Nun, wir haben nach reiflicher Überlegung und durch wichtige Gründe bewogen die Entscheidung getroffen. In allem, was wir hier tun, gebühren Sie Ihrem Bischof und so zugleich dem Stadthalter Christi!"

Welches die Entscheidung für Mech ist, wird nicht gesagt, doch geht aus der Haltung des Zentrumsorgans hervor, daß Bischof Benzler heute mit der Köln-M.-Gladbach-Nachrichtenrichtung zu schließen scheint, während er sie vor wenigen Jahren, als Charles de Wendel noch Trumpf war, entschieden bekämpft und selbst Predigten gegen den Volksverein für das katholische Deutschland waren in seinem Bistum nicht selten. Mit aller Schärfe wurden die M.-Gladbach-Nachrichten von der katholischen Geistlichkeit bekämpft, als sie ins finstere Minettgebiet eindringen wollten, und Karlsruhe, der erste M.-Gladbach-Nachrichten-Nachrichten, sogar aus dem Rath. Arbeiterverein in Kneutingen ausgeflossen. Erzbischof Benatti aus Hahingen sprach sich mit aller Schärfe gegen jede Arbeitervbewegung aus und jeder Kenner der Verhältnisse wußte, daß Benatti nur die Meinung seines Bischofs aussprach. Bischof Benzler ist jedoch in Berlin gut angeschränkt, droht seine Fahne möglich nach dem Berliner Winde (Regierung) und dieser, von Hohenlohe herkommende Wind bläst zurzeit nach Köln-M.-Gladbach-Nachrichtenrichtung.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Knappelschäftsrankenhause II in Recklinghausen.

Über die Zustände im Recklinghäuser Knappelschäftsrankenhause II ging uns nachstehende Zuschrift von einem Kameraden zu:

Zweimal hatte ich das zweitklassige Knappeln, mehrstündig Aufenthalt in diesem Krankenhaus nehmen zu müssen. Das erstmal war es 1910. Schon damals gewahrt ich Nebelstände, deren Beseitigung mir geraten schien. Um aber nicht gleich als Vögel zu gelten, hielt ich mit meiner Kritik zurück. Da ich aber jetzt nach zwei Jahren finde, daß noch die alten Verhältnisse bestehen, glaube ich verpflichtet zu sein, auf jene Nebelstände aufmerksam zu machen, schon der anderen Krankenhalter, die doch kommen.

Bei der Aufnahme ins Krankenhaus erhält jeder Patient ein Bad. Im Baderaum merkt er aber schon, daß mit den Leuten dort nicht viele Drogen gemacht werden. Ein Kleiderhalter oder dergleichen ist nicht vorhanden, so daß der Patient seine Sachen auf den Fußboden legen muß. Hygienisch ist das jedenfalls nicht, ebenso wenig ist es entgegenkommend gegen die Patienten.

Ein gleicher Mangel, der mit wenig Kosten zu beobachten wäre, zeigt sich bei den Essgeräten. Der Patient bekommt einen Gabels — keine Gabel und kein Messer. Mit diesem Universalöffsel muß man alles machen, Kartoffeln zerkleinern, Fleisch schneiden, Käse verteilen und anderes mehr. Nach meinen Erfahrungen waren auf der Station bei 70 Patienten nur zwei Messer und sechs Gabeln vorhanden! Auch sonst fingen die Kranken keine Möglichkeit auf die Verpflegung; namentlich kommen die Kranken keine "Fleischnot" am Umfang ihrer Fleischportionen zu fühlen.

Gespott wird also in diesem Krankenhaus an allen Ecken und Enden. Vorurteile leben nicht nur die Patienten, sondern auch das Pflegepersonal. Es wird von den Kranken geklagt über mangelhafte Pflege. Die Schule liegt aber nicht am Personal, sondern an der Verwaltung. Sie nutzt ihren Angestellten zu viel zu viel mehr als sie leisten können. Auf meiner Station z. B. lagten 70 Kranken, obgleich sie noch nicht voll besetzt war. Viele dieser Kranken sind bettlägerig, manche haben Fieber und erfordern eine ständige Beobachtung. Zur Pflege und Wartung dieser 70 Kranken waren nur eine Schwester und ein Krankenwärter vorhanden. Wie ich sehe könne, haben diese beiden Leute außer der Krankenpflege noch eine Menge anderer Obhungen zu erfüllen. Von allen Patienten wurde anerkannt, daß die Pfleger ihr Bestes tun, daß sie aufmerksam und fleißig sind. Wenn trotzdem von den Kranken über mangelhafte Wartung geklagt wird, so liegt es daran, daß das Pflegepersonal nicht ausreicht. Es wäre Sache der Verwaltung, durch Einstellung neuer Kräfte dem Nebelstande abzuholen.

Noch etwas darf nicht vergessen werden, obwohl man sich fast geniert, auf solche selbstverständliche Dinge auch noch hinzuweisen. In den Wörtern steht das nötige Papier (1); dann befindet sich in der nächsten Nachbarschaft ein Hund, dessen trügerische Wachen auf den Patienten sehr oft hört. Das eine wie das andere wäre wohl leicht abzutändern. Papier ist ein billiger Artikel und der trügerische Hund kann gefunden werden. Wie mir versichert wurde, gehört der Ruhmloser einem der Herren Herze.

Wider besseres Wissen.

In Nr. 89 des "Wahrheits"- "Vergnappen", dem Organ der "christlichen" Denomination, wird in einem Artikel unter der Überschrift: "Wer anderen eine Brüke gräßt" unser Kamerad und Sicherheitsmann Kriegel herunterzumunden veracht. Der "Verbandsicherheitsmann" soll zwei Arbeiter benutzt haben, weil sie in einem blinden Schacht führten, und sollen dieselben auf seine Veranlassung mit je 5 Mt. bestraft worden sein. Wahr ist, daß die beiden Bauer auf Befehl des Markschieders die verbotswidrige Fahrt mitnahmen und der Sicherheitsmann den Betriebsführer gezeigt hat, ob der Warteschieder berechtigt sei, zufahren und solche Gefahr zu erzielen. Der Betriebsführer verneinte die Frage und bestand darauf, ihm die Namen mitzutun. Nachdem hat er die beiden Arbeiter bestraft, nach unserem Erfahrungsvollständig zu Unrecht. Bestraft durfte in diesem Falle nur der Warteschieder werden, der den Befehl zumfahren gegeben hatte. Dieses hat die Verwaltung auch wohl selbst eingesehen und den Kameraden die Strafe erlassen. Folgender Satz in dem Artikel ist sehr interessant: "Wenn der Verbandsicherheitsmann s. so streng darauf sieht, daß nicht gefahren wird, so muß er als Sicherheitsmann selbst in erster Linie jedes Fördergesetz am Felsen meiden. So viel für heute." Weiß der "Wahrheit"- "Vergnappen" nicht, daß Sicherheitsmänner bei ihrer Verjährung das Fahrten in blinden Schächten gestattet ist? Mag der "christliche" "Wahrheit"- "Schmierkasten doch den "Vergnappen" (Nr. 83) nachlesen, dort ist der Erlass des Ministers abgedruckt, der ausdrücklich die Bezeichnung der blinden Schächte gesetzelt, sogar auf Fördergesetzen, ihre freudige "Christen"! Verstanden?

"Christliche" Großklappenslogistik.

In unserem Artikel: "Die Streikbruchgenerale in der Saarstraße" in Nr. 89 der "Bergarbeiter-Zeitung" haben wir erneut den Nachweis gebracht, daß die in diesem Frühjahr von den "christlichen" Streikbruchorganisationen, nicht von den Fördergesetzen, in Aussicht gesetzten Lohn erhöhungen nicht nur nicht eingetreten sind, doch vielmehr die Grubenbesitzer die Folgen des infamen Streikbruchs in vollstem Maße ausnutzen und daß selbst die dümmsten der betroffenen Streikbrecher einsiehen müssten, wie niederrädrig sie beschwindeln und zum allseitigen Nutzen der Zeichenpastorat irreführt worden sind. Wir hatten zum Beweis dafür, daß die Förderbesitzer gar keine Lohn erhöhung versprochen statützt ist? Mag der "christliche" "Wahrheit"- "Schmierkasten doch den "Vergnappen" (Nr. 83) nachlesen, dort ist der Erlass des Ministers abgedruckt, der ausdrücklich die Bezeichnung der blinden Schächte gesetzelt, sogar auf Fördergesetzen, ihre freudige "Christen"! Verstanden?

Der Beckenverband erklärt sich also in diesem Antwortschreiben in Lohnfragen für unzuständig, kann schon darum keine aussichtsreiche Lohn erhöhung in blindender Form in Aussicht gestellt haben. Oder kann ein Verein, der sich für unzuständig erklärt, in gleichem Atemzug bindende Lohnzusätzliche machen?

Das Essener Zentrumsorgan für "christliche" Streikbrecher, der berüchtigte "Wahrheit"- "Vergnappen", will uns aus diesem Cap einen Strick drehen, indem er den Sinn des Satzes zunächst dadurch fälscht, daß er nur den Nachsch. zitiert und bemerkt, daß wie selbst nicht davon gäbe, daß der Beckenverband in der Lohnfrage unzuständig sei. Das soll die "Bergarbeiter-Zeitung" vom 17. Februar ausdrücklich betont und dann das Gegenteil von dem vertreten haben, was sie jetzt vertreibt. Um diesen "Widerspruch" zu konstatieren, muß man schon einen Kursus für M.-Gladbach-Nachrichten besucht haben, muß nach "Rechts-Moral" verfahren: "Verlunden ist mein Geschäft!" Wir haben am 17. Februar die Meinung vertreten, daß der Beckenverband in Lohnfragen tatsächlich unzuständig ist, haben bei früheren Gelegenheiten sogar den Vorwurf erhobt, daß dieser Verband in der Tat den einzelnen Gedanken in Lohnfragen bewußtlos, sogar bestellt und keine Rechenschaften von seiner angeblichen Ungültigkeit nichts als Ausflüchte sind, um sich auf diese Art am einfachsten an etwaigen Verhandlungen vorzubereiten. Eben weil wir der Ansicht sind, daß der Beckenverband in der Lohnfrage unzuständig ist, deshalb wenden und wandten wir uns ja an ihn, aber wir sind nicht in der Lage, ihm die eigene Zuständigkeit vorzuzeigen, wenn er sie uns gegenüber ablehnt. Ob wir an seine Zuständigkeit glauben oder nicht, wenn er sich selbst diese Zuständigkeit abspricht, so spricht er sich damit doch auch den Willen und die Wicht der in der Lohnfrage einen Fingerring brauen zu machen. Gerade in der Unzuständigkeitsklärung des Beckenverbandes liegt die offenkundige Absehung einer Lohn erhöhung, und nur Betrüger oder Durrmöpse können etwas anderes daraus schlussfolgern. Und wenn der "Wahrheit"- "Vergnappen" schreibt, daß die Löhne ungerecht gestiegen seien, die Werkherren ihr Versprechen nicht eingelöst hatten, so weiß man nicht, ob Dummheit oder Niederrädrigkeit die Feder geführt hat. Die Werkherren haben absolut gar nichts versprochen, haben somit auch kein Versprechen einzulösen. Dahingegen haben wir gefordert und die "Christen" haben uns und damit sich selbst die Erfüllung dieser Forderung vereilt, sie allein tragen die Schuld an der unzulänglichen Lohnsteigerung.

Der Grubendirektor als Festgäste bei den "Christen".

So sehr sich die "Christenführer" von jenseit der Unternehmer herangedrängt und noch immer anstrebt, trotzdem sie schon so oft mit einem lästigen Fußtritt in den "christlich-nationalen" Schnellwinkel zurückgeschleudert wurden, so unangenehm ist es ihnen, wenn die Arbeiterschaft diese Ambition erhebt. Darum hat auch unsere Mitteilung, daß die Bochumer "Christen" zu ihrem Gewerkschaftsamt am 1. September den Grubendirektor Korte von Zeche Rothringen als Gast eingeladen haben, die scharfpezzige Redaktion am "Bergarbeiter". Dem berüchtigten Essener Zentrumsblatt, aufzuschreien, und die "Wahrheitsschäden" die Tatsache nicht aus der Welt zu lösigen, wagen, verläßt sie es auf eine andre Art, sich mit Gottes Hilfe durchzutun: Den Grubendirektor zum Kommerzienrat Korte wie auch das Tuzi-Kreisamt und Oberschiffsmagazin Dr. Rummenhoff hat man zu "Territorialer" des "Christen" — festes zwar eingeladen, jedoch nicht in der Eigenschaft als Grubendirektor. Herr Korte hatte also, sofern er sich in die Mitte der "christlichen" Festgesellschaft begeben wollte, vorher den Grubendirektor in die eine Notfalle: "ein Kommerzienrat in die andere zu stecken, den Rest dann an die Wand zu hängen und so, entblößt vom Grubendirektor und Kommerzienrat, vor die "Christen" gesellschafthit hinzutreten". Für Menschen, die nicht die M.-Gladbach-Nachrichten schätzen, kann es leicht verdeckt haben, bleibt es ein Rätsel, wie ein Grubendirektor sich der Eigenschaft als Direktor entledigt und dafür schließlich die Eigenschaft eines "christlich-nationalen" Schleppers oder Lehrhauers annimmt, und folglich nicht in der Eigenschaft als Unternehmer, als Grubekapitalist, sondern als "christlich-nationaler" Kumpel unter Kumpeln weist. Der "Vergnappen" scheint seinem geistigarmen Nutzen die Märchen von der Verwandlungskunst des Teufels in anderer Form neu aufzubinden. Wie der alte Teufel — der jüngere ist davon zu bequem geworden, den Menschen in den verschiedensten Gestalten — als Werwolf, als Drachen, als hübsches Mädchen, als Goldschnäppchen usw. — erfindet, so läßt der "Vergnappen" heute die Grubendirektoren bald als Ausbeuter, bald als hartherzige Kapitalisten, bald als liebe Kameraden ausmarschieren, just in der Eigenschaft, in welcher die fanöse "Vergnappen"-Redaktion den Grubendirektor ansieht. Aber nicht allein die Bochumer "Christen" lassen die Kranken keine "Fleischnot" am Umfang ihrer Fleischportionen zu fühlen.

au einem "christlich-nationalen" Arbeitertage den nationalliberalen Reichstagabgeordneten Wittum als Gast ein. Dieser konnte aber an der Tagung nicht teilnehmen. Dafür entschuldigte er sich u. a. wie folgt: "Ich begleite aber die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften, die den ungünstigsten Klassekampf der Sozialdemokratie ablehnen, indem sie Kapital und Arbeit als gleichwertige Produktionsfaktoren anerkennen, mit meiner vollen Sympathie, insbesondere freue ich mich auch von ganzem Herzen darüber, daß die christlichen Arbeiterorganisationen in der Arbeiterschaft und deren Jugend den vaterländischen Geist und den Sinn für alles Edle und Schönste zu erwachen und zu fördern bestrebt sind. Ihrer Tagung in Gaggenau wünsche ich einen schönen und geistlichen Verlauf.

Siehe hierzu die Ausschreibung für die "christlichen" Wahl am 1. November 1912. Herr Wittum ist Vertreter des ehrgeizigen Saarlandmärkertums unter den Bergarbeiter-Goldwarenfabrikanten; er trat erst in der letzten Sesslon des Reichstages mit einem Lungenkranken unter und arbeitersfeindlicher Großindustriellen für die Schaffung eines Arbeitsmilitärs-Gesetzes ein, unterwarf sich kurz alles, was die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft unterdrücken gewollt ist. Und den Mann haben "christlich" organisierte Arbeiter ein! Das gewerkschaftliche Schangehüft der "Christen" ist schon längst zu den Hunden geslossen!

Eine bergbautechnische Erfindung.

Eine bergbautechnische Erfindung, die, sollte sie sich in der Praxis bewähren, für den Verdienst von ungeheurer Bedeutung sein würde, ist dem Bergmeister Wilhelm Schmidt an der Halle (Saale) negiert. Es handelt sich um eine Einrichtung zur gleichzeitigen unterirdischen Beleuchtung der Zusammenstellung und Stromung von Gasgemischen. Durch den Apparat wird es ermöglicht, zu jeder Zeit von einer oder mehreren Lampen aus die die einzelnen Stellen durchzuhenden Wetter zu beobachten. Die geringste Unregelmäßigkeit in der Grubenluft wird sofortmäig durch ein Uhrwerk angezeigt, so daß in wenigen Minuten Abhilfe geprägt werden kann. Die Maschinenteile durchsetzende Wetter können mit Hilfe der Erfindung unbedingt vermieden werden. Maßgebende Fachleute äußern sich sehr zustimmend über die Erfindung.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Der Fall Synel und „Peter der Große“.

Der "Wahrheit"- "Vergnappen" brachte jüngst eine Notiz, daß der Gewerksverein eine größere Anzahl Saarbergarbeiter angewiesen hatte, im Burmrevier sich Arbeit zu suchen. Es sind auch viele Kameraden vom Saarbergarbeiter nach Andern vertrieben. Von nicht weniger Mitgliedern des Streikbruchverbandes wird klage geführt, daß ihnen Lohnzusatzentlastung verwehrt wird. Diese Tatsache ist in der "Bergarbeiter-Zeitung" festgestellt worden. Das Streikbruchorgan erwähnte darauf in Nr. 87 u. a.:

Statt dem Gewerksverein zu vertrüben, sollten die Gewerkschaften einmal in ihrem Statut Lohnzusatzentlastung einführen, auch beim Auszahlung des Krankengeldes für Sonntage, wie dies beim Gewerksverein des Köl. III. Damit wäre den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes mehr dienst, als mit Vertrüben des Gewerksvereins derselben Bergarbeiter. Wie der Saarlandmärkte ein Verband für die von außen eingesetzten Kameraden eintritt, hat der Kamerad Emet (Melleberg) zur Genüge erläutert.

Ein Harz sollte sich bitten, von Verleumdungen zu reden. Ein Mensch, dem vor Gericht nachgesagt wurde, daß er die Mitglieder des Gewerksvereins bestimmt und beläuft, der solche Vorwürfe richtig einleitet, sollte den Mund halten. Das Peter Harz der Große den Fall des Kameraden Emet aufklärt, beweist nur, daß er wirklich nicht mehr bei Krosi ist. Emet, der Mitglied unseres Verbands war, erläutert einen schwachen Haftfall am Kopfe und wurde dadurch schwärmung. Diese Schwäche benötigen Gewerksvereinsspatulatoren und überredeten Emet, zum Gewerksverein überzutreten. S. hat seine Kritik und sonstigen Ansprüche verbrannt, was die "Christen" ebenfalls erhoben, die nicht erläutert hätten werden können, da sie S. ein zu prächtiger Mensch. Was er gemacht hat, nachdem er geistigkrank war, dafür machen wir ihn nicht verantwortlich. Kamerad S. war zum Gewerksverein überget

Christen-general Harsch gegen das Verhalten der Christen-führer im Reichstage bei der Reichsverstaatung.

In Höringen war ein Mitglied des Streitbrechervereins geboren. Die Blinde hoffte sich beim Kameraden fest, daß die Waisenrente, die ihr seitens der Reichsinvalidenversicherung zustehe, nicht ausgeschafft, sondern auf die Hände der Wurmknappfirma teilweise aufgeteilt werde. Kamerad fest antwortete der Blinde, daß sie dagegen nichts machen könne, schuldbaren Leistungen die Freunde und sogenannten Führer der „christlichen“ Gewerkschaften, indem diese für ein Gesetz gestimmt hätten, das eine derartige Bestimmung zulasse. Die Blinde hat es sich nicht nehmen lassen, dem General Harsch die Aufklärung, die ihr aufgetragen wurde, unter die Nase zu reiben. Das scheint aber dem „unfehlbaren“, „einschreinen“ Peter nicht nach dem Geschmack gewesen zu sein, denn im „Bergknappen“ (Nr. 88) sucht er in seiner gewohnten verlogenem Art den Sachverhalt zu verbreiten. Dies alles kann die „Christenführer“ nicht von der Schuld rein waschen, daß sie verantwortlich dafür sind, daß den armen Waisen die paar Pfennige Waisenrente nicht ausgeschafft, sondern zum Teil aufgerechnet werden. Wir sagen nochmals: Waisen und Waisen, behaltet euch das für bei den Christengenossen!

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Nichtachtung der Rentenempfänger.

Es besteht auf dem Barlinghäuser Steinkohlenwerk der Brauch, daß Rentenempfänger, die von der Verusgenossenschaft erneut ärztlich untersucht werden sollen, durch die Werkverwaltung Nachricht erhalten, sich bei einem bestimmten Arzt zu melden. Eine solche Bestellung erhält auch der Kamerad Al. aus Egestorf. Sie lautet: „Arzt-Antwoortung, 701. Fr. Alsen, Egestorf. Morgen mittag 11½ Uhr bei Dr. Dreves in Süderohe unter Aufzeichnung melden. Barlinghausen, den 18. 7. 12.“ Bezeichnend ist an dem Rettel, daß er keine Unterschrift trägt. Fraglich ist, ob der Arzt dabei den Alten oder Alsen dem Arzt als Material überläßt wird. Vielleicht erinnert die Verusgenossenschaft die königliche Bergwerksverwaltung einmal daran, daß eine solche Nichtachtung Rentenempfängern gegenüber doch nicht angebracht ist.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Neu's aus Mansfeld.

Wir erhalten die Meldung von einem Erfolg, den die Unterbeamten der Mansfelder Berg- und Hüttenwerke errungen haben. Am Sonntag, den 22. September, haben sämtliche Unterbeamten eine geschlossene Versammlung in Eiselen abgehalten. In dieser war beschlossen worden, der Direktion eine Eingabe wegen Gehaltsverhöhung einzureichen, sowie eine Deputation zur Begründung dieser Eingabe abzufordern. Es haben bald darauf Verhandlungen zwischen der Direktion und der Deputation stattgefunden, die sich zwar etwas in die Länge zogen, aber mit einem Erfolge der Unterbeamten endeten.

Sämtliche Unterbeamten bekommen vom 1. Okt. ab höheres Gehalt. Sonntagsarbeit, Überstunden und Nebenarbeit werden — wie gefordert — jetzt beahbt.

Wodurch haben die Mansfelder Beamten diesen Erfolg erzielt? Einzig und allein durch ihre Geschlossenheit! Sämtliche wiederum, wie früher, einzeln oder in kleinen Gruppen, ihre Wünsche geäußert, man hätte ihnen etwas gespißen. Ihre Einigkeit hat sie zum Sieg geführt — das werden die Beamten hoffentlich nicht wieder vergessen. Um ihrer selbst willen nicht, aber auch der Arbeiter wegen, deren Streben nach Einigkeit bisher von den Beamten so oft gestört wurde. Die Arbeiter sind nicht neidisch, sie können ihren Vorgesetzten die Gehaltsverhöhung gern. Sie erwarten aber auch, daß ihnen die Beamten keine Knüppel zwischen die Beine werfen, wenn sie selber ein prächtiges Stück Brod fordern.

Ihr aber, ihr Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter, lernt aus dem Vorfahren der Beamten. Auch uns wird die Gewerkschaft nicht mehr ablehnen, wenn wir einig sind. Unsere Einigkeit muß aber Ihre Grundlage in der Organisation haben. Darauf werdet und agiert unermüdlich für unseren Verband!

Königreich Sachsen.

Die Wahlen eines Arbeitervertreters im „Ferchau“?

Der Bergarbeiter Richard Wiegand aus Dölsnib, den seine Kameraden in den Arbeiterausschuß und zum Sicherheitsmann gewählt hatten, was bei der bekannten Maßregelungspraxis der sächsischen Saarmonaten wirklich nicht leicht ist, wurde denn auch, wie schon so viele andere vor ihm, entlassen. Diese „menschenfreundliche“ Handlung wurde vom Direktor Pfeiffer vom Steinkohlenwerk „Ferchau-Hohndorf-Vereinigungsamt“ verfügt. Die Lohnbewegung im Frühjahr 1911 hat die Verabsiedlung an der Entlassung gegeben. Betriebsversammlungen beschlossen Eingaben an die Werksverwaltungen, und die Arbeiterausschüsse, soweit wirklich solche vorhanden waren, mußten diese vertreten. Das war auch auf Vereinigsfeld der Fall. Was auf einem Werke geschieht, ereignet sich hier. Herr Pfeiffenleiter schreibt es ab, eine von der Betriebschaftsversammlung angenommene Resolution durch den Arbeiterausschuß entgegenzunehmen und drohte zum Ueberflug noch mit Entlassung. Nach dieser Drohung wurde es unterlassen, die Resolution zu überreden.

Dieser Zustand wurde in der Chemnitzer „Volksstimme“ mitgeteilt, worauf die Verwaltung Pfeiffer zu veranlassen suchte, eine Berichtigung zu schreiben. Man stritt sich über die Worte „entlassen“ und „nicht wieder ansetzen“. Weil es Wiegand nicht möglich war, etwas zu berichtigten, wurde er am 22. Mai 1911 entlassen. Nun

begann für ihn eine Leidenszeit, in welcher er den Kapitalismus in seiner „Arbeiterfreundlichkeit“ kennen lernte. Ein nodinaler Versuch, die Entlassung rückgängig zu machen, scheiterte daran, daß man ihn überhaupt nicht vorlegte. Da Wiegand gleichzeitig Sicherheitsmann war und diese nur entlassen werden können, wenn ein wichtiger Grund dazu vorliegt, so wurde gegen seine Entlassung der Klage eingereicht, um einmal festzustellen, ob die von Herrn Pfeiffer angegebenen Gründe als „wichtig“ gelten könnten. Die Entscheidung wurde ziemlich spät, erst am 23. November 1911 gefällt und lautet: „Es wird festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis zwischen den Partien durch die am 22. Mai d. J. erfolgte Entlassung des Klägers nicht gestört worden ist. Die Kosten des Verfahrens hat die Klage gegen die Verwaltung zu tragen.“ Somit war durch das Bergchiedsgericht in Dölsnib die Entlassung als Urteil vorgenommen festgesetzt. Die Begründung des Urteils bildet ein Stützpunkt der Bergarbeiterbewegung im Lugau-Oelsnitzer Revier.

Interessant sind einige Bemerkungen, die in der Einsache des Werkes an das Bergchiedsgericht enthalten sind: „Die Entlassung des Klägers sei hauptsächlich auch zur Wahrung der Autorität der Werksleitung notwendig gewesen, da der Streit zwischen dem Werke und einigen Arbeiterausschüsstmitgliedern, namentlich mit dem Kläger, der gesamten Belegschaft bekannt gewesen sei, und es hätte die Autorität der Werksleitung sehr erheblich eingeschüchtert, wenn die Werksleitung ihre Androhung, daß auch der Kläger für den erwähnten Fall entlassen würde, nicht wahrgebracht hätte.“ Wir möchten nunmehr, da das Drama beendet ist, Herrn Pfeiffer fragen, worunter seine Autorität am meisten leide? Durch, daß Herr Pfeiffer die Entlassung nicht ausgesprochen hätte, oder, daß er sich vom Bergchiedsgericht legen lassen müßt, die Entlassung Wiegands war eine ungerechte? Das Gericht von der unantastbaren Autorität ist ein Klunkerei. Die Arbeiterschaft darf garantiert daran, daß die Autorität der Herren zu untergraben nur dort diese nicht dazu führen, in den Arbeitern charakter- und willenslose Menschen erziehen zu wollen. Die Werksleitung erklärt weiter: „Sedenbach sei es bei der Werksleitung nach den Borgen vor dem 22. Mai nicht — sehr möglich gewesen, mit dem Kläger weiter zu arbeiten, da sie zu ihm das Vertrauen vorohl als Arbeiterausschüsstmitglied, als auch als Sicherheitsmann verloren habe. Es habe somit nach ihrer Ansicht ein wichtiger Grund zur Entlassung des Klägers vorliegen.“ Es wäre geradezu ein Skandal, wenn man als wichtigsten Grund gelten lassen wollte, wenn ein Direktor seinem Arbeiter sein „Vertrauen“ abspricht! Das Gericht hat sich diese Unföt auch nicht zu eigen gemacht. Es fragt sich überhaupt, ob zur Ausübung eines Amtes als Sicherheitsmann oder Arbeiterausschüsstmitglied unter allen Umständen das „Vertrauen“ der Werksleitung erfordert ist, in den meisten Fällen dürfte das Vertrauen der Belegschaft, von welcher sie gewählt sind, genügen. Wenn die Werkscherrn die Arbeiter als Menschen respektieren, würde mancher Streit nicht entstehen.

Die Werksleitung von Vereinigsfeld begnügte sich mit dem Urteil nicht, sondern erhob beim Oberberggericht in Dresden die Ansehungslage. Dort wurde sie aber abgewiesen, weil die Klage fünf Tage nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erst beim Oberberggericht eingegangen ist. Wir bedauern dieses, da ein Urteil in diesem Falle von dieser Justiz im Arbeiterinteresse gelegen

wäre. Als nun alle Rechtsmittel erschöpft waren, teilte die Werksverwaltung dem Entlassenen mit, daß er wieder in Arbeit treten könne, die er dann am 12. Juni 1912 wieder aufnahm. Wiegand wurde aber nicht als Hauer in der Grube, sondern als Tagearbeiter angestellt. Das war eine neue Maßregelung, die den Betreffenden um so härter traf, weil man ihn mit einem niedrigen Lohn abstellte. 8½ Stunden auf der Bergbauschiften für einen Lohn von 8,20 Mark! Alle anderen Tagearbeiter bekommen mehr, oder aber ihrem Schichtlohn noch Prozente, bei Wiegand gab es nichts. Von seinem 8,20 Mark-Schichtlohn wurden noch die Kostenbeiträge abgezogen, so daß er mit unter 8 Mt. Lohn nach Hause gehen mußte. Trotz Vorstellungen erhält er keinen Pfennig mehr und war demnach gezwungen, diese durch Gerichtsbeschluß erklärte Arbeitsstelle am 18. August 1912 wieder zu verlassen. Lebt ist man den Nebeläder auf „gerechte“ Weise losgeworden und auch nicht der seitige Vorwurf trifft Herrn Pfeiffer, daß er nicht alles getan hätte, um seine unbekannte Autorität zu wahren. Wie man darüber denkt, eine polizei-Arbeitskraft mit einem so erbärmlichen Lohn abzufertigen, darüber braucht sich Herr Pfeiffer keine Gedanken zu machen. „Er“ spürt das nicht. „Er“ ist es erreicht!

Wie Wiegand während seiner Arbeitslosigkeit verfolgt wurde, daß nur ein Beispiel: Als der Bergungsgerichtsgerichtsgericht bei der Firma Walter Olde, welche auf dem Deutschenhalden Betonarbeiten in der Grube ausführte, Arbeit erhielt, kam nach 14 Tagen der Obersteiger Fischer vor die Arbeitsstelle und fragte Wiegand: „Wer hat Sie denn angestellt?“ Nach erfolgter Antwort sagte Fischer: „Auf anderem Weisen werden Sie herausgeschmissen und hier nicht mehr Sie an!“ In demselben Tage noch wurde Wiegand entlassen. Einen Familienvater, der, wie das Bergchiedsgerichtsurteil beweist, zu Unrecht auf die Strafe geworfen wurde, der anderweitig lohnende Arbeit gefunden hatte, von neuem seiner Arbeit zu berauben, ist eine Schande, für die es keine parlamentarische Begegnung gibt! Es charakterisiert das System, eluen Menschen, die auch kein garnichts verbrochen hat, dauernd zur Arbeitslosigkeit zu verurteilen.

Wir wollen noch erwähnen, daß Obersteiger Fischer unterandrohung der Entlassung versucht, Arbeiter zu bestimmen, sich in den Verein „Königstreuer Knappen“ aufzunehmen zu lassen und sich vom Bergarbeiterverband abzumelden.

Oberbergamt-Bezirk Breslau.

Die niederschlesischen Bergleute und die „Bergknappen“.

Esel.

Dummheit ist eine Gottesgabe, die man nicht missbrauchen soll. Das haben wir den Eseln am „Bergknappen“ schon oft gesagt, sie können sich das aber nicht merken. Immer wieder treiben sie mit ihrem angeborenen Talen unvergötzlichen Missbrauch. So auch in der letzten Nummer des „Bergknappen“. Dort hat es den armen Schläfern wieder einmal das niederschlesische Meister angehängt. Vielleicht aus Schmerz darüber, daß der „christliche“ Sekretär Galle seine Bude zumachen und auf der Hermendorfer Grube holz sagen muss, weil die niederschlesischen Bergleute sein Streitbrecherangellum nicht hören mögen. Weil das Waldenburger Revier im Reichstage von unserem Kameraden Sachse vertrieben ist, nennen es die „Bergknappen“ laut „sozialdemokratische Hochburg“. Und weil die gut „christlich“ und „national“ gesinnten Werksbesitzer des Waldenburger Bezirks erbärmlich niedrige Löhne zahlen, soll Sachse und der Bergarbeiterverband daran schuld sein.

Wir hatten in unserer vorletzten Nummer diesen echt „christlichen“ Blödsinn zurückgewiesen mit dem Nachweis, daß unser Verband schon große Anstrengungen gemacht hat zur Verbesserung der Bergarbeiterlage in Niederschlesien. Große Lohnkämpfe wurden von unserer Organisation schon geführt. Wenn keine größeren Erfolge aus ihnen erwirtschaftet werden, so liegt dies nicht am Verbande, sondern an den hartnäckigen Widerstande der Werksbesitzer. Diese extragen in ihrem Herrendenkmal lieber einen großen Gewinnverlust durch einen Streit, als daß sie den Arbeitern ein paar Groschen mehr Lohn zahlen. Dieser Widerstand wäre schließlich gar nicht so schwer zu brechen, wenn nur die Bergarbeiter einig wären. Daran fehlt es aber. Kaum ein Hünftel gehörte unserem Verbande an — die anderen vier Hünftel sind entweder unorganisiert, oder lassen sich durch die reichstreuen und fasshafischen Arbeitervereine über ihr Elend hinwegtäuschen. Wir hatten den „Bergknappen“-eseln auch die Erklärung dafür gegeben, warum das Gros der niederschlesischen Bergleute seinen Hammer so gebüdig erträgt. Nämlich, weil jene Leute aus den stadttholischen „Hochburgen des Zentrums“ ins Revier kommen, wo sie von den Geistlichen und Gutsherren zur Entzagung erzogen wurden. Die Zentrumskreise Glad, Gabelschwerdt, Neiße, Grottkau, Münsterberg und Frankenstein liefern seit vierzig Jahren den Waldenburger Gruben die Arbeitsträger. Ein großer Teil der zugezogenen Leute geht nach einiger Zeit wieder weiter — viele bis nach Westfalen und an den Niederdeich. Vielleicht sind es gerade jene Arbeiter, die durch unseren Verband in unermüdlicher Arbeit zu einer höheren Lebensaufzufassung gelangt sind. Wenn Ersch, der aus den genannten Kreisen die Lücken auf den Waldenburger Gruben ausfüllt, nun die Organisation immer wieder von neuem mit ihrer mühevollen Arbeit beginnen, die ihn von den Werkscherrn und deren Trabanten nach Kräften erschwert wird.

Doch unter solchen Umständen das Grubenkapital die Arbeitslöhne niedrig zu halten vermöchte, sieht jeder ein, mit Ausnahme der „Bergknappen“-esel. Wenn diese jedoch über Bergarbeiterland in Niederschlesien zu reden wagen, dann enthalten sie nicht bloß ihre Dummheit, sondern auch ihre Gemeinheit. Wäre es den „christlichen“ Zammergesellen darum zu tun gewesen, das Elend der Waldenburger Knappen befürchten zu helfen, dann hätten sie im März dieses Jahres eine gute Gelegenheit dazu gefunden. Der Bergarbeiterverband und der Hirsch-Dunkerke Gewerbeverein machten den ernsthaften Versuch, die Werksbesitzer zu einer ernsthaften Lohnverhöhung zu zwingen. Die „Bergknappendrästen“ stellen sich jedoch auf die Seite der Grubenbesitzer und verhinderten das Gelingen dieses Versuches. Einiges müßiges hat der „christliche“ Sekretär Galle und sein Stab wegen seiner Schwäche nicht leisten können. Aber dazu war er stark genug, mit seinem Geheul den Bergarbeitern ihre Lohnbewegung verderben zu lassen. Daß diesen Menschen sein Schicksal so schnell ereilt hat, kann die schlesischen Bergleute nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch seine Schuld ihr Elend verlängert wurde. Direkt lächerlich mutet es jeden Niederschlesier an, daß die „Bergknappen“-esel jetzt eine Scheidensuite zwischen sich und den Gelben ziehen wollen. Bei der Lohnbewegung war ein Unterschied zwischen den Gelben und den Schwarzen mit der schärfsten Brille nicht zu entdecken; sie befürchteten einträchtig die Geschäfte der Gruben zum Schaden der Arbeiter.

Der Bergarbeiterverband hat schließlich in seinem Streben nach einer Besserung der Lohnverhältnisse ein neues Mittel versucht. In der Erkenntnis, daß das Grubenkapital an keine Lohnauflösung denkt, solange es genügend Arbeitskräfte bekommt, griff die Organisation zur Sperrung des Reviers. Am 25. August tagte eine Massenversammlung in Alt- in welcher der Beschluß des Verbands der Öffentlichkeit mitgeteilt und von den versammelten Bergleuten lebhaft begrüßt wurde. Arbeitervertreter aus den schlesischen und österreichischen Nachbarländern waren in der Versammlung anwesend und erklärten, daß sie ihrerseits die Reviersperre durch Fernhaltung von Zugang unterstützen wollten. Gleichzeitig mit der Absperre maßnahm sie eine lebhafte Abwanderung von Bergarbeitern ein, da sie von der Organisation in keiner Weise mehr behindert wurde.

Diese Maßnahmen des Verbands haben in den wenigen Wochen schon gewirkt. In vorletzter Nummer brachten wir die Meldung des „Feierabends“, nach welcher die Grubenverwaltungen geneigt seien, den Bergleuten mit einer Lohnauflösung entgegenzutreten; der „Feierabend“ sah die „erfreuliche“ Gemeinheit der Gruben“ als einen Erfolg des reichstreuen Verbands“ zu buchen. Das war natürlich Unfot; nicht die Reichstreuen haben die Grubenverwaltungen einer Lohnverhöhung „geneigt“ gemacht, sondern der Bergarbeiterverband mit seinen taktischen Maßregeln.

Die „Bergknappendrästen“ haben schreckliches Pech. Der „Feierabend“ hat mit seiner Radikalität von einer kommenden Lohnverhöhung

ausgerechnet gewartet, bis der schwarze Streitbrecherverein gestorben war. Wäre er ein paar Wochen früher damit gekommen, dann hätten die „Bergknappendrästen“ ganz bestimmt das Lohnversprechen als ihr Erfolg hingestellt. Weil das aber jetzt beim besten Willen nicht mehr geht, öden sie in ihrer bekannten „geisteichen“ Art den Verband an. Sie beihalten sich darin fest, daß wir die niedrigen Löhne im niederschlesischen Revier als eine Folge der Zuwanderung aus den Zentrums-Hochburgen, die Gemeinheit der Gruben zu einer Lohnsteigerung, dagegen als eine Folge der Sperrung des Reviers durch den Verband bestimmt haben. Wenn die schwarzen Zeitungsfesel lesen könnten, so müßten sie finden, daß es dies richtig ist. Der Zugang vor auswärts nach dem Revier ist schon alt, fast so alt wie der Waldenburger Bergbau. Das Bestreben unseres Verbands, ihn einzuschränken, dauert erst sechs Wochen zurück. Dazt ihn der Bergarbeiterverband nicht ganz unterbinden kann, wissen wir. Dazt er aber Erfolg schon mit der teilweise Einschränkung hat, das zeigt doch deutlich genug die Meldung des „Feierabends“ von der verprochenen Lohnauflösung. Das wird unsere Kameraden und unsere Freunde in den Nachbarländern anspornen, noch viel stärker als bisher dem Zugang entgegen zu wirken. Denkt sobald die Grubenbesitzer merken, daß ihre Aussage genügend Leute herbeilädt, werden sie sich schön hüten, ihr Versprechen einzulösen, mit dem sie sich vorsichtig nach einer Richtung festgelegt haben. Wir werden also noch recht kräftig nachhelfen müssen.

Wie unendlich dummk die „Bergknappen“-esel sind, indem sie über Dinge reden, von denen sie nichts verstehen, das haben wir in letzter Zeit oft bemerkt können. Nicht einmal ihre eigenen Angelegenheiten vermögen sie zu beurteilen, wollen sich aber um Dinge kümmern, die sie gar nichts angehen und wo sie niemand um ihre Meinung gefragt hat. Es ist in derselben Nummer des „Bergknappen“, der über die niederschlesischen Verhältnisse faselt, ein Bericht über die Verkürzung der Schlepperarbeit für die Saarbergwerke zu finden. Das Saargebiet war bis zum Frühjahr 1912 eine Hochburg des „christlichen“ Streitbrechervereins. Seitdem sind aber so viele Saarbergleute in andere Ländere abgewandert, daß die schwarze Garde sehr klein geworden ist. Gegen ihren Willen natürlich — die „Bergknappendrästen“ hätten die Emigration gern gehemmt. Die Saarbergleute sahen aber ein, daß sie schon viel zu lange auf die „christlichen“ Führer vertraut hatten und versiehen gegen deren Willen zu tausenden die Heimat. Vor allem waren es die jüngeren Leute, die abwanderten, während die älteren notgedrungen zurückblieben. Die Folge ist, daß auf den Saargruben Mangel an Hauern fühlbar wurde. Um diesem Mangel zu begegnen, will die Bergwerksdirektion in Saarbrücken die Anschrift der Schlepper um drei Jahre herabsetzen.

Nun beachte man: Die Verkürzung der Schlepperzeit ist ein alter Wunsch der Saarbergleute, den sie oft geäußert haben. Stets wurden sie mit dahingehenden Anträgen abgewiesen. Jetzt, wo die „christliche“ Saarfreiheit an der Saar zu Ende geht, bewilligt die Verwaltung jene langjährige Forderung. Sie tut es, weil sie durch den Fortzug dazu gezwungen ist. Der „Bergknappe“ aber kommt her und bezeichnet die Bewilligung als einen Erfolg des absterbenden Streitbrechervereins. Der Fortzug der Saarbergleute erfolgte gegen den Willen der Streitbrecher, sie nennen aber die Folgen ihren Erfolgs. Sie tun es mit denselben Recht, wie die Reichstreuen in Waldenburg zeigen also auch in diesem Punkte die völlige Übereinstimmung mit den Gelben.

Wie auf niederschlesischen Gruben Wahlen gemacht werden konnte so recht bei der am 31. August stattgefundenen Bergarbeiterwahl beobachtet werden. Laut Gesetz finden diese Wahlen gemäß d. h. mittels Stimmzettel statt. Von geheimer Wahl konnte aber meistens keine Rede sein. Viele Bergleute waren der Meinung, daß die öffentliche Stimmabgabe einer solchen Wahl, wie sie auf einigen Werken stattgefunden hat, entschieden vorzuziehen sei.

Vom Oberberamt wird bestimmt, welcher die Wahlen vorzubereiten und die sonstigen Anordnungen zu treffen hat, die — so sollte man doch meinen — dann auch einheitlich durchgeführt werden müssen. Davon war bei dieser Wahl nichts zu spüren. Auf jedem Werk ging die Wahlhandlung anders von statthen. Am einwandfreiesten wurde auf der Davidgrube gewählt. Dort waren unbeschriebene Stimmzettel ausgelegt, auch war eine einwandfreie Stimmzettel vorhanden.

Auf der königlich-Fuchsgrube war die Geschichte schon anders. Dort waren weder unbeschriebene Zettel, noch eine Stimmzettel vorhanden. Gebraucht, auf den reichstreuen Zettel, noch eine Stimmzelle vorhanden. Wir hatten den „Bergknappen“-eseln auch die Erklärung dafür gegeben, warum das Gros der niederschlesischen Bergleute seinen Hammer so gebüdig erträgt. Nämlich, weil jene Leute aus den stadttholischen „Hochburgen des Zentrums“ ins Revier kommen, wo sie von den Geistlichen und Gutsherren zur Entzagung erzogen wurden. Die Zentrumskreise Glad, Gabelschwerdt, Neiße, Grottkau, Münsterberg und Frankenstein liefern seit vierzig Jahren den Waldenburger Gruben die Arbeitsträger. Ein großer Teil der zugezogenen Leute geht nach einiger Zeit wieder weiter — viele bis nach Westfalen und an den Niederdeich. Vielleicht sind es gerade jene Arbeiter, die durch unseren Verband in unermüdlicher Arbeit zu einer höheren Lebensaufzufassung gelangt sind. Wenn Ersch, der aus den genannten Kreisen die Lücken auf den Waldenburger Gruben ausfüllt, nun die Organisation immer wieder von neuem mit ihrer mühevollen Arbeit beginnen, die ihn von den Werkscherrn und deren Trab

lich". Gelbe Streitbruchgewerbeverein habe eine Lohnbemerkung geführt, aus der die Saarlungens als Sieger hervorgingen. Am Saarrevier selbst ist aber derartiges nicht bekannt, auch weiß alle Welt, dass der königlich-kristliche-gelbe Streitbruchgewerbeverein die Verehrung, als Arbeitersorganisation zu gelten, längst verwarf, ja noch mehr, dass er die berüchtigte Hüngegarde schon lange überflügelt hat und der Unternehmer verlässliche Schutzeinheiten ist. Und trotzdem dieser Erfolg für die Bergarbeiter! Um "Siege" waren allerdings die Angehörigen der Partei der verlogenen Salzunten nie verlegen. Wurde irgendwann eine "christliche" Disputation angenommen, bedeutete dies nichts einen Sieg, flog eine "christliche" Bittschrift in den Papierkorb, dann war ebenfalls ein "christlicher" Sieg erlöst, empfingen die Sydon, Cleff oder auch "christliche" Wallfahrer, flugs wurde die Mittwoch von einem großen Siege des königlich-kristlichen-gelben Zentrumsgewerbevereins überzeugt. Schließlich steht es mit dem neuesten Erfolge aus. Die listische Grubenverwaltung trägt sich nämlich mit dem Gedanken, die Schlepperzeit herabzusetzen, das ist alles, aber auch kein alles. Es gehört wirklich schon eine große Politik zentralistischer Demagogie dazu, diese selbstständige Handlung der Grubenverwaltung als einen Erfolg des Streitbruchgewerbevereins zu buchen. Aber in der Tat trifft der Teufel klettern, so geht es auch dem Generalstab des Streitbruches. Um ihr vollständig verlorenes Prestige bei den Saarbergleuten wieder zu gewinnen, inszeniert man diesen "Erfolg", ohne indes zu bedenken, dass man sich dadurch der Nachherlichkeit noch mehr preist. Aber man dürfte auch vollständig vorbeispielhaft haben, da sich kein Kumpel findet wird, der diesen "christlichen" Adel ansetzt. Die Saarbergleute vergangenheit der "christlichen" gelben Streitbruchsführer. Verlogene Guan...!

"Christen" mit lockerem Gewissen.

Die "Saarpost", die Ablagerungsstätte der "christlichen" Strategen, bringt in ihrer Nummer vom 27. September folgendes Eingeständnis:

"Von der Siedlung, 25. September. Eine recht unerfreuliche Neuerung ist auf Weißer Grube eingeführt. Bisher war es Brauch, dass die Förderung unterer Kosten mit einer Strafe von 0,50 Mt. bis zu 8 Mt. und darüber (sehr selten) für eine bestimmte Anzahl unreiner Wagen belegt wurde. Jetzt werden ganze Schichtförderungen einzelner Kameradschaften auf die Halde gestürzt und ausgespülzt. Für Wagen, die mehr als 100 Kilogramm Verge enthalten müssen, die Mannschaften die Alsauberfosten zahlten, pro Wagen 2 Mt. Auf diese Weise entstehen den Kameraden Strafen bis 12 Mt., ja sogar 16 Mt. Das Bestreben der Verwaltung, eine reine Kohlenförderung zu erzielen, lässt sich verstehen. Doch dürfte diese Handhabung nicht ganz gerecht sein. Einmal sind Kostensachen und kleine Verge nicht genau zu scheiden, und dann ist es rein unmöglich, am Ende an einen Wagen "Schämmungswelle" 100 Kilogramm Verge festzustellen. Ein Umstand, der dazu beiträgt, unreine Kosten zu fordern, ist Gedinge, reduzierend bei einem Verdienst von 5,40—5,50 Mt. Die Leistung kann nicht mehr gesteigert werden, der Lohn soll und muss verdient werden, also bleibt nichts übrig, als die Gewissenshaftigkeit etwas zu fordern. Obwohl als alles andere steht um keinen Ende doch die Prot.frage."

Ein recht nettes Eingeständnis von einem "Christen"! Von Klamp wollen die Herren nichts wissen. Versucht die Bergarbeiterchaft durch einen Streit ihre Lage zu verbessern, folgt ihnen demnach der "christlichen" Streitbruchsführer, füllt den kämpfenden Arbeitersöldner in den Rücken. Wirb infolge des Streitbruchs die Lage noch miserabler, lockt man eben das Gewissen noch etwas und schafft sich ein weiteres Gewissen an. Wir danken dem Einsender für das Eingeständnis: "Was lässt mir die ganze Christlichkeit, höher als alles andere steht am letzten Ende doch die Brotsfrage." Vielleicht taucht jetzt Ambrosius sein Bergköpfchen um und nennt es von nun an "Christenbund mit lockerem Gewissen".

Der "Wert" der Streitbruchorganisation.

"Den Angestellten des Gewerbevereins kann es ja gleich sein, ob leichter im Saarrevier an Mitgliedern ab- oder zunimmt!"

Generalstreitbruchsführer Effert am 20. Juni 1912 in Saarwellingen.

Die schwache Seite dieses "Strategen" hat uns wirklich schon manches Mal recht beachtenswerte Dienste geleistet. Was die "christlichen" Überläufer, plaudert der Generalschadroneur aller "christlichen" Streitbrücher — als der unüberholbare — seelenvergnügt aus. Johannes Effert macht aus seinem "christlichen" Herzen keine Mördergrube, er ist einfach — "ehrlich". Klipp und klar, ohne jegliche Umschweife, ohne die geringste Reserven meint er, es sei für die Generalsekretäre gleich, ob der Streitbruchgewerbeverein blühe oder zusammenbreche. Es fehlt nur noch der Befehl: "Weil die Streitbruchsführer ja im festen Gehalt stehen." Diese Ergänzung nahm dann unser Kamerad Paulus vor unter thörendem Beifall der Versammlung und ohne dass der "große" Marcellus dagegen etwas zu monieren hatte. Also hatte die Sache seine Richtigkeit. Und weil Johannes Effert eisengen zu dem Zwecke, die Bergbörse an der Saar Maitzen zu lehren, gebournen war, darf wohl angenommen werden, dass er der Meinung der gesamten Streitbruchgenossenschaft Ausdruck verliehen und nicht nur seine eigene Meinung in dieser Versammlung vertreten hat. Das ist das Vortrefflichste. Was gewichtigeren Elementen in der Arbeiterschaft schon längst kein Geheimnis mehr war, erfährt auch jetzt die saarabische Bergarbeiterchaft durch den Mund des "christlichen" "Kriegerkompetitors" selbst, nämlich, dass der Streitbruchgewerbeverein für die Bergarbeiter wertlos ist. Was anders sollten denn die Worte des "großen" Effert bedeuten? Dass übrigens die Saarbergleute schon längst dieser Effertschen Ansicht waren, geht aus den "steigenden Tendenzen" der Einnahmen der Streitbruchorganisation in erschütternder Weise hervor. Ob aber die anderen "großen Generale" der Streitbrucharmee mit der Interpretation ihres "großen" Generals einverstanden sind, bleibt abzuwarten, jedenfalls wird der "christliche" Generalstab zu dieser "veränderlichen Lage" wohl oder über Stellung nehmen müssen. Ob Johannes nach Corinna geht oder gar — wie seine Kollegen Höstes und Karins — in die Wüste geschickt wird? Wer weiß es! Wir aber stellen Effert für seine aufdringlichen Worte in der Versammlung am 20. Juni unseren verbindlichsten Dank ab. Wenn diese auch keine neue Etappe im "christlichen" "Emancipationskampfe" darstellen, so haben sie doch immer den Vorzug der Offenheit und Ehrlichkeit oder sonst was!

Dass übrigens auch andere "Strategen", z. B. der nicht minder arke, jetzt in die Wüste geschickt hätten nicht gar so sehr von der alles überwindenden Kraft der Streitbruchorganisation überzeugt war, dafür ist bessere Hüstes, dem die Saarbergleute einst als Anerkennung für "gute Dienste" ein Kanapee geschenkt haben, bestredet Zeugnis. Als in der Mitte des vorigen Jahrzehnts der Streitbruchgewerbeverein im Saarrevier so prächtig gedieh, als die Saarlungens gleich regimentsweise in den Streitbruchgewerbeverein hineinmarschierten, meinte Hüstes, und zwar mit voller Berechtigung: "Wir graut vor einer Organisation, die sich so rächt entwickelt, da gibt es wieder Massenflucht!" Und Hüstes hat Recht behalten. Heute zeugen nur noch Trümmerhaufen von der ehemaligen Pracht und Herrlichkeit der Streitbruchorganisation. Auch das der Streitbruchgewerbeverein ein Produkt zentralistischer Demagogie und Gierigkeit ist, dafür ist Franz Hüstes ebenfalls Zeuge. Bei seinem unerträglichen Abschied aus dem Saarrevier hielt er auf einer ihrer zu "Thren" veranstalteten Feier eine Rede, in der er ganz besonders die Blauen (Evangelischen) warnte, nur ja die Augen offen zu halten. Hüstes wollte offenbar damit sagen, dass der Streitbruchgewerbeverein eine Zentrumsgründung sei, das die evangelischen Mitglieder, wenn auch nur zum Gottesdienst, gebüdet, und das letztere daher die Augen offen halten sollten, damit diese Zentrumsgründung vom unterfächlichen Katholizismus nicht vollkommen überdeckt werde. Wöhrend Hüstes also bestätigt, dass der Streitbruchgewerbeverein ein Produkt der Zentrumspartei ist und es einem davon graut, bestätigt Effert, dass diese "christlich" gelbe Sumpfschlange für die Bergarbeiter keinen Wert habe, denn ihm ist es ja gleich, ob der "christliche" Streitbruchgewerbeverein stark, d. h. aktionsfähig, oder schwach bzw. zur Untätigkeit verurteilt ist. Und da behauptet jetzt noch einer, der Gewerbeverein "christlicher" Streitbrücher wäre nicht die richtige Interessenvertretung der — Wertschöpfer!

Süddeutschland.

"Meine Kinder beten stetschter, besuchen die Kirche regelmäßiger, als die Thrigen, christlicher Lüner."

Mit diesen Worten fertigte ein altes, fünfzehnjähriges Verbandsmitglied in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Weissenburg (Oberbayern) am 15. September den Münchener Bürgerschulphonographen "Althoch" unter allgemeiner Zustimmung ab. Althoch wusste zur Rechtfertigung der Bergarbeiterjersplitterung nur anzuführen, der Verband sei sozialdemokratisch und

antireligiös, folglich könnte ein "christlich" gesonnener Bergmann, dem Religion und Kindererziehung noch heilig sei, unserem Verbande nicht angehören. Die alten, tausendmal wiederholten Lügen und bewußten Verleumdungen von moralisch verkommenen Burschen, die niemals dem Verbande angehört, niemals in ihrer religiösen Überzeugung bestätigt worden sind, aber trotzdem immerfort dieselben Lügen in jeder Versammlung aufzustellen, weil ihnen diese Lüge zu ihrem verbreitlichen Tun, zur Erfüllung des standigen Brudersstreites, zur Trennung der Arbeiter in zwei feindliche Lager, immer noch die besten Dienste tut. Die Arbeitersöldner gegebenenfalls zu holen, usw. in anderer zu organisieren, dazu hat diese Bürgerschulphonographen, oder auch "christliche" Generalsekretäre, in Nord und Süd ganz gleichmäßig dressed und abgerichtet wie appellernde Hunde, die trotz aller Schläge den Stock immer wieder heranholen, mit dem sie verprügelt wurden. Diesen Burschen kann man auch noch so oft beweisen, dass wir uns um die religiöse und parteipolitische Überzeugung unserer Mitglieder absolut nicht kümmern, dass wir niemand danach fragen, ob und zu welcher Konfession er sich bekennst, sondern nur, ob er Bergmann ist und mit seinen Bergmannsbrüdern gemeinschaftlich für Verbesserung seiner Lage kämpfen will. Alles nutzt nichts, immer muss die "bedrohliche" Religion erhalten, und so ritt auch Althoch dieses Siedensperd in Weissenburg in einer alten Gaßstelle vor lauter Katholiken, die sich diese Beschimpfungen dann entschieden verdienten. Althoch schnitt denn auch so "glänzend" ab, dass er beim Gauwirt Schuh suchen musste. Mehr als die Hälfte der Versammlung erklärte ihn für einen Lügner, alle bekannten ausdrücklich, vom Verband in ihrer religiösen Überzeugung oder Predigtung niemals behindert worden zu sein; aber deshalb werden ein Althoch und die anderen Münchener Schwindler und Lügner die Lügen immer erneut wiederholen, zum Augen und Gaudium der Unternehmer.

Briefkasten.

Th. Sch. In der Abfahrt muss diejenige Arbeit beschleunigt werden, die der Abschreiber verrichtet hat und zwar noch mit Angabe der Zeit, wie lange er diese oder jene Arbeit verrichtet hat.

Abschaffung.

Folgende Zahlstellen und Bezirke halten für den Monat August bei der Hauptklasse abgerechnet:

Bezirk Hannover: Ahlten 152,—, Afferde 61,80, Altenbögge 250,—, Bilmmerich 131,15, Bönen 100,80, Hamm 289,—, Hamm-Nord 283,40, Heeren 52,70, Herten 380,40, Hamm I 610,40, Hamm II 1007,70, Hamm III 140,20, Königsworther 425,10, Kaiserwerth 900,30, Lünen 103,50, Marl 114,90, Münsterkirche 97,—, Mühlhausen 60,80, Methler 104,00, Münzen 1 200,80, Münzen II 258,40, Münzen 410,80, Unna 660,50, Werne 1, b. L. 117,—, Wieserhöfen 250,— Mt. Für September:

Heeren 508,15 Mt.

Bezirk Lünen: Becklingenhausen 71,—, Bors 19,50, (Juli) 12,00, Lanstropp-Hörstel 481,50 (1,50), Lünen-Süd 803,60, Lünen Stadt 630,90, Niederboren 100,—, Olzen 10,50, (Juli) 12,—, Oberaden 127,80, Selm 408,50 Mt.

Bezirk Dortmund: Ahsen 270,40, Bradet 406,50, Brechten 350,55 (1,75), Dortmund I 1733,45 (7,—), Dortmund II 449,40, Dortmund IV 294,00, Dortmund V 104,00, Eving I 300,40 (2,—), Eving III 464,15, Greuel 120,—, Huderode 100,70, Marten 712,50, Oespel I 475,50, Oespel II 173,40, Mahn 153,80, Wambel 54,00, Wiede 104,90, Werne 430,30 Mt. Für September: Altdörpene 188,30, Brambauer II 350,—, Brambauer I 922,10, Huderode 98,50 Mt.

Bezirk Göttingen: Wöbbelinghausen 512,20, Götting I 98,30, Götting II 105,20, Götting III 48,—, Detmoldhausen 151,50, Frohlinde 47,00 (1,—), Groppenhausen 120,50, Holzhausen-Vöring 329,—, Habinghorst 133,20, Herren I 1422,50 (1,50), Herren II 198,80, Herren III 07,25, Horsthausen 126,80, Katern 288,—, Kirchlinde 270,60 (1,—), Lütgendortmund 1873,10 (1,—), Menger 543,40, Netze 53,50, Ober-Göttingen 146,80, Naurel 40,50, Naupel-Schwerin 100,—, Cobingen 187,40, Weitrich 201,90 Mt.

Bezirk Gießen: Ahsen I 887,20 (28,—), Ahsen II 269,20, Auf dem Edem 320,60, Aplerbeck 204,20, Aplerbeckmar 492,20, Beunringen 169,70, Brüninghausen 197,90, Börry 489,—, Bittermark 177,90, Bergshofen 416,90, Eichholz 434,00, Gießlinghausen 578,90, Endt 218,90, Hörde 344,90, Hengen 178,50, Hohenbuseburg 116,60, Hombruch 471,40, Höchsten I 295,90, Höchsten II (Juli-August) 90,30, Holzwiede 822,—, Haddenbach 77,90, Kirchhöre 380,50, Krüdel 258,70, Lüdensberg 407,70, Lüdinghausen 84,50, Mühlhausen 328,—, Süde 188,30, Sonnenberg 101,30, Stodum 654,90, Söhren 458,10, Schwinge 180,—, Schwerin 60,80, Wellinghausen 255,90 Mt.

Bezirk Lüdenschen: Bonnern 384,80, Breidenbach 108,80, Bremensstein 23,60, Dahlhausen I 218,20 (0,25), Dahlhausen II 272,90, Esborn 159,50, Hohlinghausen 361,80, Hattingen 121,—, Herbede 90,80, Heven 214,28 (0,68), Holzhausen bei Hattingen 159,20, Horwege 235,70, Linden 386,60, Dötzsch 148,60, Eichholz 191,10, Stüter 271,50, Stüter I 236,50, Stüter II 255,80, Wornholz-Durchholz 343,40, Wengen 74,90, Weitberde 70,—, Weitmar I 236,70, Witzen 667,80, Baaderberg 68,20, Dahlhausen-Hörstholz 133,— Mt. Für Juli: Herbede 91,70 Mt. Für September: Oberwrothkäpfe 418,60, Niedersprockhövel 454,80 Mt.

Bezirk Boden: Altenbochum 304,20, Bochum I 170,20, Bochum II 536,—, Bochum III 261,30, Bochum IV 270,70, Bochum V 186,50, Bochum VI 93,40, Bochum VII 290,70, Bochum VIII 178,70, Bochum IX 201,—, Bergen 126,80, Eppendorf 209,10, Harpen 506,20, Hiltrop-Gerthe 148,70, Kallehardt 267,80, Klen 131,60, Laer 631,20, Langenbreer I 107,70, Langenbreer II 699,50, Duerenburg 270,05 (0,75), Niemce 361,—, Sonnenberg 266,60, Werne bei Langenbreer 885,80, Weitmar II 284,90 Mt.

Bezirk Medingen: Datteln 180,15 (0,25), Datteln 701,—, Dülmen 40,20, Eickenscheid 821,50, Hochalarmarkt 317,—, Henrichenburg 85,—, Halle 77,90, Hochst. 85,80, Kerten 918,30, Langenbochum 142,80, Marl 511,60 (1,50), Medingen 119,50, Möllinghausen 140,90, Medingen 875,—, Medingen-Hörstholz I 460,—, Medingen-Hörstholz II 246,20, Oer 73,—, Studenbüch 36,20, Suderwick 226,40, Einen 117,50, Scherlebeck 117,80, Steinerne Kreuz-Dreher 63,80, Waltrop 73,50, Weitmar 252,60 Mt.

Bezirk Bottrop: Buer 1028,50, Butendorf 328,90 (1,50), Bülse 220,90, Braud 613,40 (1,50), Bottrop I 640,80 (6,—), Bottrop II 142,50, Bockhausen 404,45 (2,75), Erle I 317,50, Erle II 280,80, Egen 708,90, Gladbeck I 585,60, Gladbeck II 542,—, Horstermark 798,55 (10,25), Horst-Gemüder 260,40, Herbede-Dörpene 268,50, Oersterfeld 208,40, Reife 178,80, Weddel 328,10 Mt. Für September: Hassel 739,70, Gladbeck I 571,30 Mt.

Bezirk Gelsenkirchen: Eidel 419,—, Gelsenkirchen I 659,20, Gelsenkirchen II 507,30, Gelsenkirchen III 648,80, Gelsenkirchen IV 558,80 (3,50), Gelsenkirchen V 162,70, Gelsenkirchen VI 607,—, Gelsenkirchen VII 168,70, Gelsenkirchen VIII 150,90, Günnigfeld 308,90, Holsterhausen bei Wanne 272,—, Horbel 107,50, Höntrop 441,90, Leithe 89,—, Höhlinghausen 182,10, Wanne I 303,10, Wanne II 306,20, Wattenscheid I 404,—, Wattenscheid II 501,60, Westenfeld 305,80 Mt.

Bezirk Eppen-Dörl: Altdorf 142,40, Bergarhausen 194,90, Breidenbach 88,30, Egen 1290,70, Frillendorf 252,60, Freienbrück 496,20, Hesel 125,10, Hesel 54,40, Kappel 1064,50, Königsförde 170,40, Niedersprockhövel 151,80, Niedersprockhövel 50,50, Nellinghausen 358,20, Rüttenscheid 119,—, Steele 568,80, Neberrück 110,—, Werden 410,40 (1,50) Mt.

Bezirk Eppen-West: Altenessen I 792,—, Altenessen II 685,90, Borbeck 243,80, Böcholt 270,10, Cärtrop 375,50, Dörlwig 156,—, Eppen-West-Altdorf 484,—, Eppen-West-Höntrop 77,50, Fräntrop 401,90, Fröhnhausen 179,70, Kulerum 291,70, Haarzopf 134,20, Heien 252,—, Katernberg 474,40, Schönbeck 290,60, Schönbeck I 172,40, Schönbeck II 267,10, Stoppenberg 641,40, Rothhausen 995,80 Mt.

Bezirk Oberhausen: Alsdorf 145,60, Biefang 37,80, Dinslaken 19,20, Dümpten I 196,80, Dümpten II 186,80, Dümpten III 92,30, Hameln I 405,80 (0,50), Holten 81,60, Hiesfeld 159,30, Holzhausen 238,80, Mülheim I 415,—, Mülheim II 1

Adressenänderungen.

Bezirk Nordhausen. Wohnung und Bureau des Bezirksleiters August Wall befindet sich vom 1. Oktober ab im Nordhausen a. O., Valper Straße 12. Alle Sendungen sind an obige Adresse zu richten. Beichtaufkunst wird jeden Mittwoch, vorm. von 10—12 Uhr und nachm. von 6—8 Uhr, erledigt.

Dortmund. Der Vertrauensmann Haufe wohnt jetzt Neu-Salzbrunn Nr. 63.

Nordhausen. Der Vertrauensmann Paga wohnt jetzt Herne, Fleckstraße 81, zweite Etage.

Delitzsch I. Der klassische Schacht wohnt jetzt Stodumerstraße 12, Neßlinghausen. **II.** Der Vertrauensmann Waglawel wohnt jetzt Sachumerstr. 102.

Sonnenberg I. Der Vertrauensmann Puhle wohnt jetzt Altdorf, Elsfleth 4 p.

Wettmar I. Der klassische Sammler wohnt jetzt Neulingstr. 42. Geben Sonntag nach dem 10. und 24. wird vorstehendes Kranengeld ausgeschüttet.

Bibliotheken.

Sommerberg. Zwecks Revision müssen sämtliche Bücher bis zum 1. November an den Vertrauensmann abgegeben werden.

Auktionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unmittelbare Wege erjuagt bleiben:

Ahlen. Vom 15. bis 31. Oktober.

Altendorf. Vom 7. bis 10. Oktober.

Altensiessen. Vom 9. bis 30. Oktober.

Erlenschwätz. Vom 10. bis 25. Oktober.

Cottbus II. Im Monat Oktober.

Holzhausen-Würdig. Vom 10. bis 30. Oktober.

Hohenau. Vom 15. bis 31. Oktober.

Hochheide. Vom 16. bis 30. Oktober.

Höchsten II. Vom 15. bis 31. Oktober.

Delitzsch I. Vom 15. bis 31. Oktober.

Selm. Vom 12. bis 25. Oktober. Sämtliche Bücher werden eingezogen.

Sommerberg. Vom 15. bis 31. Oktober.

Stollberg. Vom 20. Oktober bis 10. November.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

An allen Versammlungen Neuricht der Ortsvermählung.

Gehrden. Jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg.

Grimma. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg.

Schmidfeld. Jeden 15. abends 8 Uhr, in der Schützigeren Galeriekneipe: Bahnhof: Bahnhof: Bahnhof.

Walleadorf. Jeden 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Publischen Gastraum: Bahnhof: Bahnhof.

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats:

Caldendorf. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Wiegand.

Cuxhaven. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Weber, Königstraße 94.

Külzisch und Miedersdorf. Abends 8 Uhr, im "Schweizerhaus", Altenbergsstraße

Daschhausen I. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Ullenberg.

Overbergen. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant "Hohe Elbe", Hüttelsgrün.

Heidrichsgräfen. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann.

Heiden b. Münchberg. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn v. d. Burg.

Hügeln. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dois Dogen.

Kirberg. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof "Deutsch's Haus".

Königshütte. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Haubach.

Leihen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heile.

Mühleins-Holzhausen. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bruns in Holzhausen.

Niederhainau. Nachmittags 6 Uhr, im Gasthaus "Mojengarten".

Niederholzhausen. Nachm. 6 Uhr, im Gasthof des Herrn G. Schnell in Voerde-Neudorf.

Overbergen. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant "Zum Gaberius".

Wieserplätz. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant "Zum Gaberius".

Wieserplätz. Nachmittags 7 Uhr, im Lokale des Herrn Gaberius.

Westlinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gladbeck, Gr. Geldstr. 18.

Heinsdorf. Zeit und Ort wird bekannt gegeben.

Westlinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Högl.

Elm. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Werner.

Schaftenberg II. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Kräger, "Paradies".

Schermbeck I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Böhl, Hörderstraße 6.

Schermbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rüdiger, Mühlheimerstraße.

Velten. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Löffler.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant "Dahlem" des Herrn M. Kramer.

Jeden zweiten Sonntag im Monat:

Hofen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Meier.

Hofen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stöfer, Ecke Kaiser- u. Altenbergsstr.

Altenbergs-Büren. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weißhöf in Altenbergs.

Altenbergs-Dühr. Nachmittags 5 Uhr, im bekannten Lokale.

Altenbergs I. Nachmittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Maassenberg, Vogelheimerstraße.

Alversdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Kundi.

Alversdorfer Markt. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Doer, Gr. Herderstraße.

Alversdorf (Oberfranken). Nachmittags 2 Uhr, im Konsumvereinshaus.

Auf dem Schne. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Demtröder.

Altwallendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bemmel.

Bannewerk. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jäger.

Bardenberg. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Böbbels, "Zum gr. Wald".

Bedhausen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bergmann.

Berge-Vorbeck. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann, Hochstraße.

Geisen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Schaftenberg II. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Kräger, "Paradies".

Schermbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Böhl, Hörderstraße 6.

Schermbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rüdiger, Mühlheimerstraße.

Schermbeck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Löffler.

Velten. Zeit und Ort wird bekannt gegeben.

Westlinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Högl.

Elm. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Werner.

Schaftenberg II. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant "Dahlem" des Herrn M. Kramer.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Voermann.

Witan I. S.</